

Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Duisburg zum 31.12.2017

Inhaltsverzeichnis

I	Allgemeines	1
II	Grundsätzliche Feststellungen	3
1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters	3
2	Weitere grundsätzliche Feststellungen und Empfehlungen	9
III	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	10
1	Gegenstand der Prüfung	10
2	Art und Umfang der Prüfung	10
IV	Erläuterungen und Feststellungen zur Gesamtabchluss- rechnungslegung	12
1	Konsolidierungskreis und Gesamtabchlussstichtag	12
2	Gesamtabschlussrichtlinie	13
3	Konsolidierungssoftware	14
4	Saldenabstimmung	15
5	Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabchluss einbezogenen Abschlüsse	17
6	Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses	21
V	Bestätigungsvermerk	24
	Anlagen	25
Anlage 1	Gesamtbilanz	
Anlage 2	Gesamtergebnisrechnung	
Anlage 3	Gesamtanhang	
Anlage 4	Gesamtlagebericht	

Abkürzungsverzeichnis

DRS	Deutsche Rechnungslegungs Standards
DUSport	DuisburgSport
DVV-Konzern	Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
GEBAG	GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH
GemHVO NRW	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GPA NRW	Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
Handreichung	NKF in Nordrhein-Westfalen, Handreichung für Kommunen, 7. Auflage (Oktober 2016)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IMD	Immobilien-Management Duisburg
KomHVO NRW	Kommunalhaushaltsverordnung NRW
MIK	Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
IKS	Internes Kontrollsystem
KB	Kommunalbilanz
vAB	verselbständigte Aufgabenbereiche
WBD-AöR	Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts
WLM	Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum

I Allgemeines

Der Gesamtabchluss zum Stichtag 31.12.2017 wurde nach den Vorschriften der im Jahr 2018 gültigen Gesetze und Rechtsverordnungen aufgestellt. Durch das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW (2. NKFVG NRW) erfolgte zum 01.01.2019 eine umfangreiche Gesetzesänderung. Davon besonders betroffen sind die Vorschriften in der Gemeindeordnung NRW (GO NRW). Da seitens des Gesetzgebers auf eine Überleitung verzichtet wurde, ist für die Prüfung des Gesamtabchlusses 2017 die neue Fassung der GO NRW anzuwenden.

Weiterhin wurde zum 01.01.2019 die Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) durch die Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) ersetzt. Die gesetzlichen Regelungen der KomHVO NRW werden demnach erstmalig für die Aufstellung und Prüfung des Gesamtabchlusses 2019 angewendet. Für die Prüfung des vorliegenden Gesamtabchlusses 2017 sowie für 2018 finden die Vorschriften der GemHVO NRW weiterhin Anwendung.

Die Aufstellung und Prüfung des Gesamtabchlusses, der dem Konzernabschluss in der Privatwirtschaft entspricht, erfolgt nach kommunal- und privatrechtlichen Regelungen wie der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), der Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) und dem Handelsgesetzbuch in der „alten“ Fassung vom 25.05.2009 (HGB (a. F.)). In § 116 GO NRW wird präzisiert, aus welchen Komponenten ein Gesamtabchluss besteht und welche verselbständigten Aufgabenbereiche (vAB) in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form (u. a. eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, GmbH, Stiftungen) einzubeziehen sind, um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln. Er soll somit Rechenschaft über die tatsächliche Aufgabenerledigung und die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde unter Einbeziehung der vAB ablegen. Zur eigentlichen Konsolidierung sind die nach § 50 GemHVO NRW anzuwendenden Regelungen des HGB (a. F.) maßgeblich.

Der Gesamtabschluss ist nach § 59 Abs. 3 GO NRW i. V. m. § 102 Abs. 11 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss zu prüfen. Dieser bedient sich zur Durchführung der Prüfung der örtlichen Rechnungsprüfung (§ 4 Abs. 2 Buchstabe d der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Duisburg). Die Prüfung erfolgt dahingehend, ob der Gesamtabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ergibt und ob die gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen beachtet worden sind. In die Prüfung des Gesamtabchlusses ist die Buchführung einzubeziehen (§ 102 Abs. 3 GO NRW).

Der Gesamtabschluss besteht aus der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung, dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Gesamtlagebericht ist dahingehend zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Ertrags- und Finanzge-

samlage der Stadt vermittelt. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Gesamtlageberichtes hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind (§ 102 Abs. 5 GO NRW).

Gemäß § 49 Abs. 1 GemHVO NRW ist dem Gesamtabschluss ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Der vom Stadtdirektor/Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister am 08.02.2019 bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2017 (DS 18-1242 vom 12.02.2019) ist dem Rat der Stadt in seiner Sitzung am 25.02.2019 vorgelegt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss und das Rechnungsprüfungsamt (RPA) überwiesen worden.

Das RPA prüft den Gesamtabschluss nach § 102 Abs. 1 GO NRW als gesetzliche Pflichtaufgabe.

Im Auftrag des Rechnungsprüfungsausschusses wurde das Ergebnis der Prüfung in diesem Prüfbericht inklusive Bestätigungsvermerk zusammengefasst.

II Grundsätzliche Feststellungen

1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung des Oberbürgermeisters

1.1 Inhalt

Der dem Gesamtabchluss 2017 beigelegte Gesamtlagebericht ist gemäß § 51 GemHVO NRW daraufhin zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabchluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde einschließlich der vAB vermittelt. Die Prüfung des Lageberichtes hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung beachtet worden sind (§ 102 Abs. 5 GO NRW).

Dazu sind in einem Überblick der Geschäftsablauf mit den wichtigsten Ergebnissen des Gesamtabchlusses und die Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen darzustellen. Außerdem hat der Gesamtlagebericht eine ausgewogene und umfassende, den Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft der Gemeinde unter Einbeziehung der vAB und der Gesamtlage der Gemeinde zu enthalten. Dabei ist auch auf die Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Der Gesamtlagebericht im Gesamtabchluss 2017 enthält folgende Kernaussagen zur Vermögens- und Schuldengesamtlage des Konzerns Stadt Duisburg:

1. Rahmenbedingungen (Anlage 4, S. 3 ff.)
2. Auflistung ausgewählter selbstständiger Aufgabenbereiche nach Aufgabenfeldern (Anlage 4, S. 5 ff.)
3. Informationen zu Vorgängen von besonderer Bedeutung (Anlage 4, S. 7 ff.)
4. Informationen zur Ertragslage sowie zur Vermögens-, Schulden- und Finanzlage (Anlage 4, S. 9 ff.)
5. Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht (Anlage 4, S. 17 ff.)
6. Ausblick und Prognose (Anlage 4, S. 22 ff.)
7. Analyse der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation auf der Grundlage von Kennzahlen (Anlage 4, S. 25 ff.)
8. Wesentliche Veränderungen und Entwicklungen der Beteiligungen in 2017 auf einen Blick (Anlage 4, S. 29 ff.).

Der Gesamtlagebericht der Stadt Duisburg (Anlage 4 dieses Berichtes) entspricht den gesetzlichen Anforderungen.

Der Gesamtlagebericht 2017 enthält einen eigenen Berichtsteil „Ausblick und Prognose“, der die Darstellung von Chancen und Risiken der Stadt Duisburg im Einzelabschluss bzw. einzelner, ausgewählter vAB enthält. Die Besonderheiten mit Risiken einzelner vAB sind gut dargestellt. Hier wird - wie im Vorjahr - erläutert, dass z. B. das Zinsänderungsrisiko der Kernverwaltung bedingt durch die hohen Kassenkredite ein Risiko für das Gesamtergebnis darstellt. Eine Darstellung der Gewichtung/Bedeutung – wie in 2016 vom RPA angeregt – wird im Rahmen der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2018 in Abstimmung mit dem RPA umgesetzt.

Auf eine Angabe am Schluss des Gesamtlageberichtes gemäß § 116 Abs. 7 GO NRW (Verwaltungsvorstand und Ratsmitglieder, Angaben zu Name, Beruf, Mitgliedschaften in Aufsichtsräten etc.) wurde auch in 2017 verzichtet, da sie Bestandteil des Einzelabschlusses der Kernverwaltung ist.

1.2 Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg

Das konsolidierte Gesamtjahresergebnis beträgt 73,427 Mio. EUR. Das positive Jahresergebnis ist u. a. auf das Ergebnis der Kernverwaltung (10,382 Mio. EUR) zurückzuführen; auch die Wirtschaftsbetriebe Duisburg - Anstalt öffentlichen Rechts (WBD-AöR 14,142 Mio. EUR) und die GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG 8,527 Mio. EUR) zeigen eine positive Entwicklung. Das Ergebnis der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH-Konzern (DVV-Konzern) ist zwar gegenüber dem Vorjahr rückläufig, stellt aber nach Konsolidierung immer noch den höchsten Jahresüberschuss mit 24,548 Mio. EUR dar.

Die Aufteilung des Gesamtergebnisses auf die konsolidierten vAB ist in Anlage 4, S. 11 dargestellt.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich das Gesamtergebnis kontinuierlich verbessert. Nach dem Jahr 2015 konnte der Konzern Stadt Duisburg in den Jahren 2016 und 2017 ein positives Gesamtjahresergebnis erzielen.

Die Gesamtbilanz (Anlage 1) stellt die Vermögens- und Schuldenlage dar. Die Gesamtbilanzsumme beträgt 7.564,730 Mio. EUR. Die Bilanzsumme der Kernverwaltung von 5.247,202 Mio. EUR (inkl. Finanzanlagen) zeigt im Vergleich die Bedeutung der Kernverwaltung im Gesamtkonzern. Trotz des im Berichtsjahr erneut erzielten Überschusses der Kernverwaltung vor Konsolidierung muss die Haushaltslage weiterhin als kritisch angesehen werden, so dass Konsolidierungsmaßnahmen auch in den Folgejahren fortzuführen sind.

Ein Großteil der Aktivseite entfällt auf Sachanlagen, die in der Anlage 4, S. 13 ff. auf die verschiedenen Bilanzpositionen aufgeschlüsselt werden. Von den Sachanlagen in Höhe von 6.192,051 Mio. EUR entfallen mit 2.749,145 Mio. EUR rund 44 % auf die Kernverwaltung.

Das Eigenkapital ist auf der Passivseite der Bilanz zwar mit 165,884 Mio. EUR ausgewiesen (Anlage 4, S. 15), unter Berücksichtigung der Bilanzposition „nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ der Aktivseite in Höhe von 292,304 Mio. EUR ist der Konzern Stadt Duisburg zum 31.12.2017 jedoch mit 126,420 Mio. EUR bilanziell überschuldet.

Die wirtschaftliche Lage wird durch den Einsatz von Kennzahlen aus dem NKF-Kennzahlenset in einer weiteren Form dargestellt (Anlage 4, S. 25 ff.). Dieses Kennzahlenset lässt sich nach Auffassung der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) zumindest in Teilen auf den Gesamtabchluss übertragen. Die Kennzahlen werden überwiegend auch im Jahresabschluss der Kernverwaltung verwendet.

Die „Eigenkapitalquote 1“ wird mit 2,19 % ausgewiesen. Der Gesamtlagebericht weist korrekterweise darauf hin, dass sich dieser rechnerische Wert des NKF-Kennzahlensets ausschließlich durch die Sonderrücklage sowie die Anteile anderer Gesellschafter ergibt, da das Eigenkapital vollständig aufgezehrt wurde.

Da ein interkommunaler Vergleich wegen der unterschiedlichen Strukturen der Kommunen problematisch ist, können die Kennzahlen für den Konzernabschluss insbesondere über Vorjahresvergleiche eine gewisse Aussagekraft gewinnen. Das RPA hat einen Vergleich der Kennzahlen für die Abschlüsse 2010 bis 2017 vorgenommen, die im Folgenden tabellarisch dargestellt werden.

	Aufwandsdeckungsgrad	Eigenkapitalquote 2	Infrastrukturquote	Anlagendeckungsgrad 2	Kurzfr. Verbindlichkeitsquote	Zinslastquote	Zuwendungsquote	Personalintensität
GA 2010	96,17	28,76	49,10	56,53	29,50	4,37	23,92	22,12
GA 2011	99,20	25,80	48,22	43,52	32,07	4,26	22,90	20,91
GA 2012	99,20	26,62	46,84	54,42	32,16	3,23	19,09	17,73
GA 2013	101,20	25,56	45,58	54,12	32,67	2,65	15,76	14,93
GA 2014	100,54	25,21	45,03	53,54	32,73	2,61	17,08	16,14
GA 2015	105,30	26,43	44,78	55,43	30,51	3,50*	20,03	18,94
GA 2016	103,39	25,94	44,58	60,62	25,73	2,21*	21,66	20,61
GA 2017	104,06	25,64	44,65	59,62	24,90	2,07	23,36	21,54

alle Angaben in %

* Angabe im Gesamtlagebericht nicht korrekt

Aufwandsdeckungsgrad (ADG)

Der „Aufwandsdeckungsgrad“ zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Im Jahresvergleich zeigt sich eine positive Entwicklung. Seit 2013 können die ordentlichen Aufwendungen im Konzern durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden.

Eigenkapitalquote 2 (EkQ2)

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Gesamtbilanz. Da die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert. Wie schon bei der Eigenkapitalquote 1 zeigt das Eigenkapital auch unter Berücksichtigung der Sonderposten einen weitgehend statischen Verlauf.

Infrastrukturquote (IsQ)

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie soll Aufschluss darüber geben, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde und ihrer vAB entspricht.

Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (KVbQ)

Wie hoch die Gesamtbilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „Kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden. Seit drei Jahren ist ein signifikanter Rückgang zu beobachten. Dieser ist u. a. bedingt durch den Abbau von Liquiditätskrediten der Kernverwaltung.

Zinslastquote (ZIQ)

Die „Zinslastquote“ soll aufzeigen, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Zuwendungsquote (ZwQ)

Die „Zuwendungsquote“ gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde und ihre vAB von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Personalintensität (PI)

Die „Personalintensität“ gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Insgesamt ist die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage ausführlich dargestellt und vermittelt ein realitätsnahes Bild der Lage im Konzern.

1.3 Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Im Gesamtlagebericht werden eingangs globale Rahmenbedingungen dargestellt (Anlage 4, S. 3 ff.). Weiterhin sind „Vorgänge von besonderer Bedeutung“, ausschließlich für den Bereich der Kernverwaltung, aufgelistet (Anlage 4, S. 7 ff.). Diese beiden Abschnitte haben Bezug auf den Abschnitt „Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht“ (Anlage 4, S. 17 ff.). Die Verknüpfung zwischen den globalen Rahmenbedingungen und der wirtschaftlichen Entwicklung Duisburgs könnte detaillierter beschrieben werden. Ein Herunterbrechen der Informationen auf NRW könnte helfen, die besonderen Herausforderungen der Stadt darzustellen und eine Erwartungshaltung für die nächsten Jahre zu formulieren. Derzeit liegen jedoch der Stadtkämmerei (Amt 20) keine spezifischen detaillierten Daten vor.

Die Rolle z. B. des Stärkungspaktgesetzes und seiner Auswirkungen auf den Konzern Stadt Duisburg als Chance sowie die Höhe der städtischen Kassenkredite inklusive der ungewissen Zinsentwicklung als Risiko werden korrekt dargestellt.

Wegen der großen Bedeutung der Kernverwaltung an der wirtschaftlichen Situation für den Konzern Stadt Duisburg ist es richtig, dass die Chancen und Risiken aus diesem Bereich ausführlich dargestellt werden. Die Ausführungen enthalten die wesentlichen Entwicklungen und entsprechen im Zusammenhang mit den vorhergehenden finanzwirtschaftlichen Aussagen den tatsächlichen Gegebenheiten.

Weitere Risiken werden beim DVV-Konzern, bedingt durch die Energiewende und anstehende Investitionen ins ÖPNV-Netz (z. B. Erneuerung des Zugsicherungssystems), sowie der WBD-AöR, bedingt durch die weitere Entwicklung der Verbrennungsentgelte, dargestellt.

Wie erstmals für 2016 enthält der Gesamtlagebericht 2017 ein Kapitel „Ausblick und Prognose“, der sich mit der zukünftigen Entwicklung des Konzerns befasst. Darin werden perspektivische Chancen und Risiken von Kernverwaltung und wesentlichen Gesellschaften, die Auswirkungen auf den Konzern haben könnten, plausibel dargestellt. Stellenweise werden Risiken quantifiziert, z. B. bei der Darstellung, welche finanziellen Auswirkungen eine nur einprozentige Zinserhöhung auf das Jahresergebnis der Kernverwaltung hätte.

Auch die wesentliche Bedeutung des Konzernmodells „DVV“ und ihre Auswirkungen auf den Konzern Stadt Duisburg sind ausführlich und realistisch dargestellt.

Grundsätzlich ist die Stadtkämmerei (Amt 20) seit 2016 dem langjährigen Wunsch des RPA nach einem Prognosebericht entgegengekommen.

Der Gesamtlagebericht könnte noch informativer gestaltet werden, wenn die Entwicklung des Konzerns - losgelöst vom auf die Gesellschaften gerichteten Blick - für die nächsten beiden Geschäftsjahre dargestellt und bewertet werden könnte.

Wenn man die Informationen aus dem Gesamtlagebericht - auch über diesen Absatz hinausgehend - betrachtet, ist festzuhalten, dass sich keine Einwendungen gegen die dargestellte Einschätzung zur Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg ergeben.

Die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Konzerns Stadt Duisburg sind im Wesentlichen vollständig und zutreffend dargestellt.

1.4 Zusammenfassende Feststellung

Auf der Grundlage der zuvor aufgeführten Annahmen, der geprüften Unterlagen sowie der im Rahmen dieser Prüfung durchgeführten Analysen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung zur Lage und zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg. Auch wenn Hinweise auf Erwartungen zur künftigen Entwicklung der Stadt Duisburg ausgeweitet werden können, ist die Lage doch korrekt dargestellt.

Der Gesamtlagebericht entspricht formal den gesetzlichen Vorschriften. Er ist plausibel und nachvollziehbar und steht mit den bei der Prüfung des Gesamtabchlusses gewonnenen Erkenntnissen im Einklang. Die Darstellungen und Beurteilungen der Lage vermitteln insgesamt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg.

2 Weitere grundsätzliche Feststellungen und Empfehlungen

Der vom Stadtdirektor/Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister am 08.02.2019 bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2017 (DS 18-1242 vom 12.02.2019) ist dem Rat der Stadt in seiner Sitzung am 25.02.2019 vorgelegt und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss und das RPA überwiesen worden. Die nach der GO NRW gesetzlich geforderte Frist, den Gesamtabschluss innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen, wurde nicht eingehalten.

Die im Konzern bereits vorhandenen internen Kontrollsysteme (IKS) und Risikomanagementsysteme sind grundsätzlich stärker als bisher zu einem konzernweiten System auszubauen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wären in den Gesamtlagebericht aufzunehmen. Für 2017 wurde zum zweiten Mal ein Prognoseberichtsteil erstellt, der in den Folgejahren nach Ansicht des RPA noch stärker auf die Konzernsicht ausgerichtet werden könnte.

III Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

1 Gegenstand der Prüfung

Gegenstand der Prüfung ist der Gesamtabchluss zum 31.12.2017 mit seinen in § 116 GO NRW aufgeführten Bestandteilen. In die Prüfung wurden die Buchführung und weitere zur Verfügung gestellte erläuternde Unterlagen einbezogen.

Der vom Stadtdirektor/Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2017 wurde vom Rat der Stadt zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss und das RPA überwiesen. Nach § 59 Abs. 3 i. V. m. § 102 Abs. 2 GO NRW und § 4 Abs. 2 Buchstabe d) der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Duisburg bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung des Gesamtabchlusses des RPA.

2 Art und Umfang der Prüfung

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfansatzes wurden zunächst eine Prüfstrategie entwickelt und Prüfungsschwerpunkte festgelegt. Die Prüfung der einzelnen Prüffelder wurde von einem Prüfteam des RPA nach Zuständigkeitsbereichen durchgeführt.

Als Ergebnis des Risikobeurteilungsprozesses sowie der Festlegung der Prüfstrategie und der Prüfziele wurden in Form von überwiegend System- und Funktionsprüfungen folgende Schwerpunkte für die Prüfung festgelegt:

- Überleitungsrechnungen
- IDL.Konsis Software / Wertgrenzen

Die Überleitungsrechnungen von der Handelsbilanz bis zur Kommunalbilanz III (KB III) wurden auftragsgemäß von den Abschlussprüfern der vAB aus dem Vollkonsolidierungskreis bestätigt. Das RPA hat alle NKF-Einzelabschlüsse der vAB auf Nachvollziehbarkeit und Plausibilität geprüft.

Bei der Durchführung der Gesamtabchlussprüfung wurden die Vorschriften der GO NRW, der GemHVO NRW, die 7. Auflage der Handreichung des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW (MIK) von Oktober 2016 und weitere gesetzliche Vorgaben herangezogen. Für weitergehende Fragestellungen wurden auch Bereiche des HGB und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen in die Prüfhandlungen mit einbezogen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehler mit hinreichender Sicherheit hätten erkannt werden müssen. Es wurden System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelprüfungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Arbeitspapieren des RPA ausführlich dokumentiert. Die Aussagen in diesem Bericht stellen lediglich eine Zusammenfassung der Endergebnisse dar.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages ist die Einhaltung der für den Gesamtabchluss maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft worden.

Die Prüfung wurde in den Monaten Februar bis Mai 2019 durchgeführt.

IV Erläuterungen und Feststellungen zur Gesamtabchlussrechnungslage

1 Konsolidierungskreis und Gesamtabchlussstichtag

Im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2008 wurden die unter der Bilanzposition Finanzanlagen ausgewiesenen vAB dahingehend überprüft, ob es sich um Aufgabenbereiche von untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage handelt. Dementsprechend wurde die Bewertungsmethode und bilanzielle Zuordnung für den jeweiligen vAB gewählt. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen ergaben sich somit – abhängig vom kommunalen Einfluss – auch der Konsolidierungskreis und die Konsolidierungsmethode. Das RPA war hier bereits in begleitender Prüfung tätig. Nicht zu konsolidierende vAB gelangen über den Bilanzposten Finanzanlagen in den Gesamtabchluss.

Der Konsolidierungskreis umfasst die wirtschaftlich und organisatorisch selbstständigen Aufgabenbereiche (Gesellschaften im Konzern der Stadt Duisburg), die im Wege einer Vollkonsolidierung bzw. At-Equity-Methode in den Gesamtabchluss einbezogen werden müssen.

Eine Vollkonsolidierung ist dann vorzusehen, wenn die vAB mit der Kernverwaltung selbst eine Einheit bilden, also entweder unter einer einheitlichen Leitung der Kommune stehen oder das Control-Konzept Anwendung findet (§ 50 Abs. 2 GemHVO NRW). Betriebe von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Kommune müssen nicht einbezogen werden.

Kann die Kommune nur einen maßgeblichen Einfluss auf die vAB ausüben, ist die At-Equity-Methode gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. §§ 311 und 312 HGB (a. F.) anzuwenden. Danach werden die nach der Buchwertmethode ermittelten Wertansätze auf den fiktiven Erwerbszeitpunkt 01.01.2010 umgerechnet. Die Bewertungsmethoden werden beibehalten.

Die vollkonsolidierten Unternehmen und die nach der At-Equity-Konsolidierung einbezogenen Unternehmen sind im Gesamtanhang in Anlage 3, S. 3 ff dargestellt. Außerdem ist dargestellt, welche Unternehmen wegen der aus Sicht der Konzernfinanzen untergeordneten Bedeutung nicht in den Gesamtabchluss aufgenommen wurden.

Ausgehend von den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der vAB ergibt sich in Relation zur Gesamtlage des Konzerns die Wesentlichkeit der einzelnen vAB. Diese Wesentlichkeit ist nicht gesetzlich normiert, sondern richtet sich nach der Gesamtbilanz und der individuellen Beurteilung der vAB. Dabei wurden Ermessensspielräume ausgeübt.

2 Gesamtabchlussrichtlinie

Die Gesamtabchlussrichtlinie für den Konzern Stadt Duisburg regelt organisatorische und fachliche Fragen. Sie ist von der Stadt Duisburg und ihren verselbstständigen Aufgabenbereichen (vAB) verpflichtend anzuwenden.

Die Gesamtabchlussrichtlinie dient der Erstellung des Gesamtabchlusses des Konzerns Stadt Duisburg. Mit dieser Richtlinie soll vor allem ein gemeindeeinheitliches Vorgehen zur Erstellung der Gesamtergebnisrechnung und der Gesamtbilanz einschließlich einheitlicher Bewertungsmaßstäbe sowie zur Erstellung des Gesamtanhangs und des Gesamtlageberichts sichergestellt werden.

Die zu beachtenden Änderungen der Gesamtabchlussrichtlinie für den Abschluss 2017 sind den vAB und den anderen Beteiligten in geeigneter Form zugegangen.

Die Gesamtabchlussrichtlinie ist dem Grunde nach sachgerecht. Sie enthält alle erforderlichen Regelungen und gewährleistet bei Einhaltung die korrekte Erstellung des Gesamtabchlusses.

3 Konsolidierungssoftware

Mit Hilfe der Konsolidierungssoftware „IDL.Konsis“ werden die Kapitalkonsolidierung, die Schuldenkonsolidierung sowie die Aufwands- und Ertragskonsolidierung im Rahmen des Gesamtabchlusses grundlegend automatisiert durchgeführt. Die NKF-Packages (tabellarische Form der Unternehmensbilanzen einschließlich Gewinn- und Verlustrechnung/Ergebnisrechnung) werden entsprechend der Vorgaben der Gesamtabchlussrichtlinie sowie nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen über die Software konsolidiert. Die Software dient ferner dem Zweck der notwendigen Dokumentation dieser Vorgänge. „IDL.Konsis“ ist ein Standardprogramm im Bereich des Konzernreportings. Das RPA besitzt die für die Prüfung benötigten Leserechte.

Beim Einsatz derartiger IT-gestützter Buchführungssysteme gelten für Kommunen in NRW maßgeblich die gesetzlichen Rahmenbedingungen der GemHVO NRW. Im Zuge der Anwendung einer DV-Buchführung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (u.a. §§ 27, 31, 58 GemHVO NRW) einzuhalten. Die im Gesamtabchluss eingesetzte Konsolidierungssoftware „IDL.Konsis“ ist hiervon betroffen.

Grundsätzlich war durch die Prüfung festzustellen, dass bei sachgerechter Anwendung eine den Ordnungsmäßigkeitsanforderungen entsprechend adäquate Konzernrechnungslegung durch „IDL.Konsis“ gegeben ist.

Wie in den Vorjahren dargestellt, war die Beleg- und Journalfunktion der Software bis zum Gesamtabchluss 2015 nicht ausreichend, um die Anforderungen an die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung zu erfüllen. Diese Mängel waren zwischenzeitlich durch organisatorische Änderungen zur Dokumentation und Festlegung von Fristen zur Aufbewahrung der jeweiligen Datenbestände weitgehend kompensiert worden. Mit Wirkung zum Gesamtabchluss 2016 wurde „IDL.Konsis“ um das Modul „Änderungsprotokollierung“ erweitert. Durch dieses Modul ist seither sichergestellt, dass ergänzende manuelle Eingaben in ausreichendem Maße dokumentiert werden.

Im Konzern Stadt Duisburg schreiben die vAB ihre NKF-Einzelabschlüsse in eigener Verantwortung fort. Durch die Stadtkämmerei (Amt 20) wird garantiert, dass die daraus resultierenden NKF-Packages in die Konsolidierungssoftware übertragen werden. Anschließend wird durch die Stadtkämmerei die Durchführung der Konsolidierungsbuchungen angestoßen und überwacht. Durch das neue Modul werden auch diese automatischen Prozesse nunmehr dauerhaft nachvollziehbar gesichert.

Die rechnerische bzw. zahlenmäßige Übereinstimmung der nach „IDL.Konsis“ übertragenen Werte und den NKF-Packages ist Bestandteil der Prüfung durch das RPA. Ein durchgeführter risikoorientierter Abgleich dieser Werte ergab keine Beanstandungen.

Abschließend sind für die Kapitalkonsolidierung, die Schuldenkonsolidierung sowie die Aufwands- und Ertragskonsolidierung in „IDL.Konsis“ entsprechende Schwellenwerte hinterlegt. Die Buchungen sind im System von „IDL.Konsis“ nachvollziehbar. Dokumentationen sind bei der Stadtkämmerei hinterlegt.

4 Saldenabstimmung

Im Rahmen der Prüfung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2017 wurde die Saldenabstimmung (Konsolidierung) zwischen der Kernverwaltung und den vAB sowie innerhalb der vAB betrachtet.

Nach der Vorschrift des § 50 Abs. 1 GemHVO NRW sind verselbständigte Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlichen Organisationsformen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) zu konsolidieren. Dabei wird zwischen der Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB) und der Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) unterschieden.

Die Schuldenkonsolidierung nach § 303 HGB bezeichnet die Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten im Konzernabschluss. Der Konzernabschluss stellt den Konzern als ein einziges Unternehmen dar (§ 297 Abs. 3 HGB). Der Konzern kann keine Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber sich selbst ausweisen. Diese müssen deshalb durch die Schuldenkonsolidierung eliminiert werden. Als Ergebnis sind im Konzernabschluss ausschließlich Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen (nicht in den Konzernabschluss einzubeziehenden) Unternehmen vorhanden.

Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung nach § 305 HGB eliminiert die konzerninternen Aufwendungen und Erträge, die in den Einzelabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen enthalten sind. Hierzu zählen u. a. die Konsolidierung der Innenumsatzerlöse (§ 305 Abs. 1 Nr. 1 HGB) und die Konsolidierung anderer Erträge und Aufwendungen, z. B. Mieterträge, Zinsen (§ 305 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Sofern die zu eliminierenden Beträge unwesentlich sind, kann auf die Schuldenkonsolidierung verzichtet werden (§ 303 Abs. 2 HGB). Dieses trifft gemäß § 305 Abs. 2 HGB für die Aufwands- und Ertragskonsolidierung ebenfalls zu.

Die Vorgehensweise zur Saldenabstimmung ist in der Anlage 7 „Richtlinie für Saldenbestätigungen im Konzern Stadt Duisburg“ der Gesamtabchlussrichtlinie beschrieben.

Die Prüfung ergab, dass die von der Stadtkämmerei (Amt 20) vorgelegten Unterlagen vollständig waren. Die dokumentierte Vorgehensweise der Schulden-, Ertrags- und Aufwandskonsolidierung zum 31.12.2017 war transparent und nachvollziehbar. Die einzelnen Buchungen und Arbeitsschritte konnten in IDL.Konsis nachvollzogen werden.

Die zwangsläufig aufgetretenen Differenzen nach Einspielen der Erfassungsformulare (Packages) der einzelnen voll zu konsolidierenden vAB in IDL.Konsis wurden durch die Stadtkämmerei ausgeräumt. Dazu wurden von der Stadtkämmerei die Finanzbuchhaltung des Amtes für Rechnungswesen und Steuern (Amt 21) und die Gesellschaften angeschrieben und gebeten, eine Saldenabstimmung untereinander vorzunehmen. Die sich aus der Abstimmung ergebenden Korrekturen wurden von Amt 20 manuell gebucht. Die entsprechenden Saldenbestätigungen dieser Saldenabstimmung lagen vor.

Für die Schuldenkonsolidierung wurden daraufhin entsprechend der Vorschrift des § 303 Abs. 2 HGB und für die Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 305 Abs. 2 HGB Schwellenwerte in „IDL.Konsis“ eingerichtet. Nach Durchführung der Konsolidierungen wurden Differenzen unter dem jeweiligen Schwellenwert automatisch ausgeräumt.

5 Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Abschlüsse

5.1 Jahresabschlüsse zum 31.12.2017

Die Prüfung der handelsrechtlichen sowie die Bestätigung der übergeleiteten NKF-Einzelabschlüsse der vAB wird den jeweiligen Wirtschaftsprüfern als Abschlussprüfer überlassen. Dabei verbleibt die volle Verantwortung für den Bestätigungsvermerk des Gesamtabchlusses beim Abschlussprüfer des Gesamtabchlusses, d. h. dem RPA. Alle in den Konsolidierungskreis einbezogenen handelsrechtlichen Abschlüsse erhielten von den zuständigen Abschlussprüfern einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die Überleitungsrechnungen von den Handels- zu den NKF-Einzelabschlüssen der vAB aus dem Vollkonsolidierungskreis werden vereinbarungsgemäß von den Abschlussprüfern der vAB bestätigt und bilden die Grundlage für weitere Prüfungshandlungen des RPA unter Berücksichtigung des risikoorientierten Prüfungsansatzes. Das RPA hat die NKF-Einzelabschlüsse der vAB auf ihre Plausibilität und Nachvollziehbarkeit hin überprüft.

Der Jahresabschluss 2017 der Kernverwaltung wurde durch das RPA geprüft. Die Prüfung hat keine Tatsachen ergeben, die der Feststellung des Jahresabschlusses durch den Rat entgegenstehen.

5.2 Prüferische Durchsicht der Jahresabschlüsse durch das RPA

Die vorliegenden Jahresabschlüsse und Unterlagen der vAB, insbesondere die Überleitungsrechnungen von der Handelsbilanz in die Kommunalbilanz III der vAB, die einer prüferischen Durchsicht der Abschlussprüfer unterzogen wurden, waren vollständig, nachvollziehbar und wurden für eine Übernahme in die Prüfung des Gesamtabchlusses als geeignet angesehen.

Zu allen Jahresabschlüssen der vAB des Vollkonsolidierungskreises lagen die Jahresabschluss-Prüfberichte sowie die Bestätigungen der Abschlussprüfer vollständig vor. Die prüferische Durchsicht der Unterlagen der Kernverwaltung erfolgte durch das RPA, da dieses auch den NKF-Einzelabschluss für das Jahr 2017 geprüft hat.

5.3 Hinweise zu den Einzelabschlüssen der vAB

5.3.1 DuisburgSport (DUSport)

Die Prüfung des Jahresabschlusses der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung DuisburgSport wurde für das Jahr 2017 an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übertragen (DS 17-1156 vom 07.11.2017). Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2017 wurde am 02.07.2018 durch den Rat der Stadt Duisburg festgestellt und die Betriebsleitung sowie der Betriebsausschuss für das Geschäftsjahr 2017 entlastet (DS 18-0601 vom 15.06.2018).

DuisburgSport wird als eigenbetriebsähnliche Einrichtung (Sondervermögen) in vollem Umfang konsolidiert.

Es ergaben sich bei den Prüfungen keine maßgeblichen Beanstandungen, die Auswirkungen auf den Gesamtabchluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2017 haben. Bezüglich der Überleitungsbuchungen in den Jahresabschlüssen zwischen HGB-Bilanz (KB I) und NKF-Bilanz (KB III) konnten die aufgetretenen Fragen mit DuisburgSport in hinreichendem Maße erläutert und ausgeräumt werden.

5.3.2 Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV-Konzern)

Der testierte DVV-Konzernabschluss 2017 wurde nach den Bestimmungen des HGB (a. F.) in einen NKF-Einzelabschluss übergeleitet und in dieser Form als vAB in den Gesamtabchluss übernommen.

Die wesentlichen Einflussgrößen auf Konzernebene sind die großen Gesellschaften Stadtwerke Duisburg AG, die Duisburger Verkehrsgesellschaft AG sowie die Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH.

Das Konzernergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 12,244 Mio. EUR auf einen Jahresüberschuss von 20,367 Mio. EUR verbessert. Ursächlich ist hier im Wesentlichen eine teilweise Veräußerung eines Unternehmensbeteiligungswertes.

Ohne diese Veräußerung lag das Betriebsergebnis 2017 insgesamt auf Vorjahresniveau.

5.3.3 GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG)

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 wurde an den Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen e.V. übertragen (DS 18-0648 vom 11.06.2018). Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2017 wurde am 02.07.2018 durch den Rat der Stadt Duisburg entgegengenommen und festgestellt.

Die GEBAG hat im Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss in Höhe von 6,478 Mio. EUR erwirtschaftet.

Der Grundstücks- und Immobilienbestand der GEBAG setzt sich überwiegend aus Grundstücken mit Wohnbauten, also vermieteten Wohnflächen und Grundstücken mit Gewerbeimmobilien zusammen. Entsprechende Miet- und Nebenkostenzahlungen der Mieter prägen die Ertragslage der GEBAG maßgeblich. Zusätzlich erzielte die GEBAG bei Grundstücksgeschäften Buchgewinne.

In 2017 wurden zudem mehrere Neubauprojekte fertiggestellt, die eine Kapazität von 71 Wohnungen aufweisen, welche in den Folgejahren zu Neuvermietungen und somit Mehrerträgen führen könnten. Gleichzeitig wurde mit weiteren Neubauprojekten (mit 69 Wohnungen und 6 Einfamilienhäuser) und Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen begonnen.

Das Thema Rückabwicklung des Projekts „Museum Küppersmühle“ war auch im Geschäftsjahr 2017 ein wesentlicher Sachverhalt der GEBAG. Die Rückstellungen für eine möglicherweise entstehende Verpflichtung eines verbleibenden Sachverhaltes betragen zum 31.12.2017 weiterhin 4,720 Mio. EUR.

Um die bereits solide Substanz der Gesellschaft weiter zu steigern, werden die erwirtschafteten Jahresüberschüsse zur Stärkung des Eigenkapitals verwendet.

5.3.4 Immobilien-Management Duisburg (IMD)

Der geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 05.06.2018 versehene Jahresabschluss zum 31.12.2017 sowie der Lagebericht wurden in der Sitzung des Rates der Stadt am 02.07.2018 entgegengenommen und festgestellt (DS 18-0634 vom 11.06.2018).

Die Bilanz des IMD zeichnet sich durch eine hohe Anlagenintensität aus. So wird die Aktivaseite mit 94,6 % durch das Anlagevermögen bestimmt.

Der Immobilienbestand des IMD setzt sich überwiegend aus Immobilien für Schulen jeglicher Schulformen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie Veranstaltungs- und Feuerwehreinrichtungen zusammen. Insofern erbringt das IMD nahezu ausschließlich Leistungen für die Stadt Duisburg. Die entsprechenden Miet- und Nebenkostenzahlungen der Kernverwaltung und von DuisburgSport prägen die Ertragslage des IMD maßgeblich. In der Konzernbetrachtung haben diese Erlöse des IMD allerdings keine Auswirkungen, da sie im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierungen sowohl zwischen den vollkonsolidierten vAB als auch mit der Kernverwaltung entsprechend verrechnet werden.

5.3.5 Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum (WLM)

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem minimalen positiven Jahresergebnis in Höhe von 122,12 EUR ab, welches mit dem Bilanzverlust aus Vorjahren in Höhe von 29.435,44 EUR verrechnet wurde. Somit beträgt der Bilanzverlust zum 31.12.2017 nur noch 29.313,32 EUR.

Ausweislich des am 04.12.2017 beschlossenen Wirtschaftsplanes 2018 wird ein Jahresdefizit in Höhe von 0,047 Mio. EUR prognostiziert. Derzeit ergeben sich kei-

ne Erkenntnisse, die Auswirkungen auf den Gesamtabchluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2017 haben. Gleichwohl sieht die Fünfjahresplanung von 2018 bis 2022 jährliche Fehlbeträge in Höhe von 0,035 Mio. EUR bis 0,123 Mio. EUR vor. Das Kuratorium hat diese Planung in seiner Sitzung am 24.05.2017 zur Kenntnis genommen, ohne konkrete Beschlüsse zur Beseitigung der Fehlbeträge zu treffen. Als mögliche Lösungen sieht der Vorstand der Stiftung WLM eine Erhöhung des seit Jahren nominell unveränderten Betriebskostenzuschusses oder verstärkte Anstrengungen der Stifter. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stiftung WLM bleibt zunächst abzuwarten.

5.3.6 Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR (WBD-AöR)

Die Prüfung des Jahresabschlusses der WBD-AöR wurde für das Jahr 2017 an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übertragen. Dies ergibt sich aus der DS 17-0602 vom 19.06.2017. Mit DS 18-0605 vom 14.06.2018 wurde der ordnungsgemäße Abschluss dem Rat zur Entscheidung vorgelegt. In der öffentlichen Ratssitzung vom 02.07.2018 hat der Rat die Entlastung des Vorstandes einstimmig beschlossen.

Die WBD-AöR wird in vollem Umfang konsolidiert.

Es ergaben sich bei den Prüfungen keine Beanstandungen. Bezüglich der Überleitungsbuchungen in den Jahresabschlüssen zwischen HGB-Bilanz (KB I) und NKF-Bilanz (KB III) für die WBD-AöR waren diese nachvollziehbar.

6 Ordnungsmäßigkeit des Gesamtabchlusses

Im Gesamtabchluss einer Kommune ist die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Kernverwaltung selbst und der konsolidierten vAB so darzustellen, als wären diese eine Einheit. Dies setzt die Zusammenfassung der Jahresabschlüsse der Kernverwaltung und der vAB zum Konzern Stadt Duisburg voraus. Danach hat der Konzern so Rechnung zu legen, als bilde er eine einzige wirtschaftliche Einheit.

Der dem RPA zur Prüfung vorgelegte Entwurf des Gesamtabchlusses zum 31.12.2017, bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung, Gesamtanhang und Gesamtlagebericht, ist nach den Vorschriften der GO NRW a. F. und GemHVO NRW vollständig aufgestellt worden. Die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung sind ordnungsgemäß aus den erstellten Abschlüssen und Überleitungsrechnungen der konsolidierten vAB und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden. Die Konsolidierungsbuchungen wurden ordnungsmäßig nach den gesetzlichen Regelungen durchgeführt und im Anhang zutreffend dargestellt.

Die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung sind gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW entsprechend der Regelungen für den Jahresabschluss der Kommunen zu gliedern, soweit ihre Eigenarten keine Abweichungen bedingen. Diese Vorgaben wurden erfüllt. Die Gesamtbilanz zum 31.12.2017 und die Gesamtergebnisrechnung 2017 (siehe Anlagen 2 und 3 dieses Berichtes) sind entsprechend den gesetzlichen Vorschriften gegliedert und entsprechen in ihrem Aufbau den vom Innenministerium vorgegebenen Mustern. Die gesetzlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO wurden eingehalten.

Der Gesamtanhang enthält im Wesentlichen Angaben zum Konsolidierungskreis, zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und zur Aufgliederung einzelner Posten aus dem Gesamtabchluss 2017.

Im Konsolidierungskreis sind die voll zu konsolidierenden Gesellschaften unter Einbeziehung der assoziierten Unternehmen vollständig dargestellt worden. Es wurden darüber hinaus die vAB aufgeführt, die unter Berücksichtigung von Wesentlichkeitsgesichtspunkten nicht konsolidiert wurden. Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden die im NKF zugelassenen Methoden angewendet. Diesbezüglich wurden die für den Gesamtabchluss wesentlichen Vorschriften und Sonderregelungen der GemHVO NRW zugrunde gelegt.

Dem Gesamtanhang wurde eine Gesamtkapitalflussrechnung gemäß § 51 Abs. 3 GemHVO NRW beigelegt, die unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) erstellt wurde. Die Kapitalflussrechnung soll über die finanzielle Entwicklung des Konzerns Stadt ergänzende Angaben machen, die aus dem Gesamtabchluss nicht oder nicht unmittelbar entnommen werden können. Sie gibt innerhalb der Abrechnungsperiode des Jahres 2017 Aufschluss über die Liquiditätssituation des Konzerns Stadt Duisburg.

Bei der Gesamtkapitalflussrechnung werden die aus den Aktivitäten der Stadt und der voll zu konsolidierenden Gesellschaften resultierenden Geschäftsvorfälle in

gemeindlichen Zahlungsströmen erfasst. Für den Bereich der laufenden Geschäftstätigkeiten wurde die indirekte Methode gewählt, das bedeutet, das Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung wurde zugrunde gelegt und um die zahlungsunwirksamen Vorgänge bereinigt, wie z. B. Ab- und Zuschreibungen, Änderungen der Rückstellungen oder Auflösungen von Sonderposten.

Für die Bereiche Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurde die direkte Methode gewählt, das bedeutet, dass die einzelnen Positionen der Finanzrechnungen der Stadt Duisburg und aller voll zu konsolidierenden Gesellschaften aufsummiert wurden.

Somit gliedern sich die Zahlungsströme wie folgt:

- Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit
- Cashflow aus Investitionstätigkeit
- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit.

Von der Stadtkämmerei (Amt 20) wurden für die vABs und für die Kernverwaltung folgende Cashflows errechnet.

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	275,165 Mio. EUR
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 223,100 Mio. EUR
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 58,573 Mio. EUR
Cashflow gesamt	- 6,507 Mio. EUR

Die zugrundeliegenden Werte wurden aus der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung abgeleitet.

Die Prüfung der Cashflows ergab, dass die angewandten Errechnungsmethoden den Vorschriften des DRS 2 entsprechen.

Der Gesamtanhang wird gemäß § 49 Abs. 3 GemHVO NRW um einen Verbindlichkeitspiegel ergänzt, welcher der Mindestgliederung des § 47 GemHVO NRW entspricht. Außerdem sind zum besseren Verständnis ein für den Gesamtabchluss gesetzlich nicht vorgeschriebener Anlagen- und Rückstellungsspiegel beigelegt.

Der vorgelegte Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2017 entspricht in seinem Aufbau dem auf Grundlage der Bestimmungen der GemHVO NRW vom Innenministerium empfohlenen Muster.

Der Gesamtlagebericht entspricht formal den gesetzlichen Vorschriften. Er steht im Einklang mit dem Gesamtabchluss sowie mit den vom RPA bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg. Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung, auch bezogen auf die vAB, sollten - wie im Vorjahr bereits angeregt - im nächsten Gesamtabchluss stärker im Hinblick auf die Auswirkungen bundesweiter Entwicklungen auf die Stadt Duisburg ausgerichtet werden, sofern detaillierte Informationen vorhanden sind.

Dem Gesamtabschluss ist gemäß § 49 Abs. 1 GemHVO NRW ferner ein Beteiligungsbericht beizufügen. Er enthält detaillierte Informationen zu den einzelnen Beteiligungen der Stadt Duisburg. Im Beteiligungsbericht werden alle städtischen Gesellschaften und Beteiligungen aufgeführt, auch wenn sie nicht dem Konsolidierungskreis angehören. Er ergänzt den im Gesamtabschluss vermittelten Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Gesamtlage der Kommune.

Der Beteiligungsbericht ist nicht Gegenstand der Prüfung durch das RPA. Nach prüferischer Durchsicht ist er geeignet, den im Gesamtabschluss vermittelten Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Lage der Stadt Duisburg zu unterstützen.

V Bestätigungsvermerk

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Gesamtabchluss 2017 der Stadt Duisburg zum 31.12.2017, bestehend aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz, dem Gesamtanhang und dem Gesamtlagebericht nach § 59 Abs. 3 i. V. m. § 102 Abs. 11 GO NRW geprüft. Die Buchführung wurde in die Prüfung einbezogen.

Zur Durchführung der Prüfung hat sich der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Duisburg des Rechnungsprüfungsamtes bedient.

Die Prüfung wurde vom RPA nach den Vorschriften der Gemeindeordnung NRW, der Gemeindehaushaltsverordnung NRW, der Handreichung des MIK und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße mit hinreichender Sicherheit erkannt werden, insbesondere wesentliche Schwächen des internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess.

Der Gesamtabchluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

Die gesetzlichen Vorschriften und sie ergänzenden ortsrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Satzungen wurden beachtet.

Der Gesamtlagebericht steht mit dem Gesamtabchluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Duisburg und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die gesetzlichen Vorschriften zu seiner Aufstellung wurden beachtet.

Der Bestätigungsvermerk wird ohne Einschränkungen erteilt.

Die Prüfung des Gesamtabchlusses 2017 hat keine Tatsachen ergeben, die der Feststellung des Gesamtabchlusses und der Entlastung des Oberbürgermeisters durch den Rat entgegenstehen.

Duisburg, den 22.07.2019



Dirk Tabel

Leiter des
Rechnungsprüfungsamtes

Anlagen

Anlage 1	Gesamtbilanz
Anlage 2	Gesamtergebnisrechnung
Anlage 3	Gesamtanhang
Anlage 4	Gesamtlagebericht

Anlage 1

Gesamtbilanz Stadt Duisburg		Stand 31.12.2017 EUR	Stand 31.12.2016 EUR	Gesamtbilanz Stadt Duisburg		Stand 31.12.2017 EUR	Stand 31.12.2016 EUR
A K T I V A				P A S S I V A			
1	Anlagevermögen			1	Eigenkapital		
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände			1.1	Allgemeine Rücklage		
1.1.1	Geschäfts- oder Firmenwert	10.342.139,64	11.819.588,16	1.2	Sonderrücklagen	54.475.103,67	55.242.041,49
1.1.2	Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	5.624.228,49	7.351.780,54	1.3	Ausgleichsrücklage		
1.1.3	Anzahlungen auf immat. Vermögensgegenstände	353.249,52	170.690,99	1.4	Gewinn- und Verlustvortrag		
	Summe immaterielle Vermögensgegenstände	16.319.617,65	19.342.059,69	1.5	Gesamtbilanzergebnis		
1.2	Sachanlagen			1.6	- davon Gesamtjahresergebnis		
1.2.1	Unbeb. Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	433.571.213,26	482.244.044,31	1.7	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	111.409.158,47	103.396.371,57
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	1.823.186.909,77	1.829.199.878,09		Summe Eigenkapital	165.884.262,14	158.638.413,06
1.2.3	Infrastrukturvermögen	3.377.613.908,08	3.441.101.842,07	2	Sonderposten		
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	998.416,69	1.342.677,35	2.1	Sonderposten für Zuwendungen	1.607.858.139,03	1.671.203.401,60
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.352.510,07	89.765.087,89	2.2	Sonderposten für Beiträge	165.594.578,93	172.156.726,27
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	126.718.136,60	112.636.639,41	2.3	Sonderposten für den Gebührenausschlag	8.523.342,26	7.439.387,72
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.956.443,35	118.458.906,50	2.4	Sonstige Sonderposten	26.826.916,85	27.286.751,93
1.2.8	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	234.653.150,87	141.178.721,92		Summe Sonderposten	1.808.802.977,07	1.878.086.267,52
	Summe Sachanlagen	6.192.050.688,69	6.215.927.797,54	3	Rückstellungen		
1.3	Finanzanlagen			3.1	Pensionsrückstellungen	1.133.210.767,32	1.107.557.288,88
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	9.218.236,63	15.108.964,53	3.2	Instandhaltungsrückstellungen	13.071.032,90	10.464.470,57
1.3.2	Beteiligungen	36.311.501,14	26.925.065,55	3.3	Steuerrückstellungen	18.195.955,19	12.745.269,12
1.3.3	Assoziierte Unternehmen	332.116.566,52	351.900.635,03	3.4	Sonstige Rückstellungen	412.775.181,98	406.435.740,35
1.3.4	- davon Unterschiedsbetrag	0,00	0,00		Summe Rückstellungen	1.577.252.937,39	1.537.202.768,92
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	41.770.884,90	41.253.801,36	4	Verbindlichkeiten		
1.3.6	Ausleihungen	52.794.354,84	52.743.498,04	4.1	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.045.771.915,77	2.075.733.237,19
1.3.7	Sondervermögen	4.131.787,85	3.802.945,05	4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.542.982.198,71	1.655.964.912,26
	Summe Finanzanlagen	476.343.331,88	491.734.909,56	4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	24.247.713,26	29.154.127,27
	Summe Anlagevermögen	6.684.713.638,22	6.727.004.766,79	4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	81.446.689,70	93.272.380,91
2	Umlaufvermögen			4.5	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	15.673.699,79	8.711.320,12
2.1	Vorräte	58.023.514,63	53.230.882,98	4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	98.738.202,17	99.612.829,23
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			4.7	Erhaltene Anzahlungen	120.332.221,56	99.379.822,44
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen u. Forderungen aus Transferleistung	111.431.858,76	94.430.053,83		Summe Verbindlichkeiten	3.929.192.640,96	4.061.828.629,42
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	110.259.502,23	172.108.759,79	5	passive Rechnungsabgrenzungsposten	83.597.392,84	83.476.401,93
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	74.294.847,60	78.598.591,49				
	Summe Forderungen u. son. Verm.gegenstände	295.986.208,59	345.137.405,11				
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	254.330,61	254.330,61				
2.4	Liquide Mittel	162.541.721,24	173.469.446,18				
	Summe Umlaufvermögen	516.805.775,07	572.092.064,88				
3	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	70.907.183,71	67.338.460,98				
4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	292.303.613,40	352.797.188,20				
	Summe Aktiva	7.564.730.210,40	7.719.232.480,85		Summe Passiva	7.564.730.210,40	7.719.232.480,85

Anlage 2

Gesamtergebnisrechnung Stadt Duisburg	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Ordentliche Erträge		
Steuern und ähnliche Abgaben*	628.881.263,46	592.659.524,91
Zuwendungen und allgemeine Umlagen*	744.765.371,86	704.883.363,43
Sonstige Transfererträge*	19.531.175,64	18.961.029,76
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	225.191.530,78	227.967.371,73
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.193.667.146,24	1.318.354.443,40
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	196.901.157,29	200.236.613,47
Sonstige ordentliche Erträge	140.590.191,87	167.608.111,14
Aktiviert Eigenleistungen	35.468.215,27	23.596.780,36
Bestandsveränderungen	3.850.746,96	0,00
Summe ordentliche Erträge	3.188.846.799,37	3.254.267.238,20
Ordentliche Aufwendungen		
Personalaufwendungen	659.992.299,84	648.786.649,55
Versorgungsaufwendungen	69.309.250,91	61.756.940,29
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.261.150.658,94	1.428.290.502,22
Bilanzielle Abschreibungen	264.631.734,59	235.752.119,94
Transferaufwendungen	629.125.781,59	599.307.848,93
Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.840.890,24	10.825.008,44
Sonstige Steuern	3.279.226,94	2.229.648,88
Übrige sonstige ordentliche Aufwendungen	168.060.887,69	160.560.333,96
Summe sonstige ordentliche Aufwendungen	180.181.004,87	173.614.991,28
Summe ordentliche Aufwendungen	3.064.390.730,74	3.147.509.052,21
Ordentliches Gesamtergebnis	124.456.068,63	106.758.185,99
Gesamtfinanzergebnis		
Erträge aus Beteiligungsverhältnissen	8.726.855,53	12.745.578,73
Anteil am Ergebnis v. assoziierten Unternehmen	2.031.592,20	2.034.408,30
Zinsen und ähnliche Erträge	1.981.963,62	4.219.037,02
Aufwendungen aus Gewinnabführungsverträgen	187.541,46	152.968,78
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	63.581.806,70	69.698.863,69
Summe Gesamtfinanzergebnis	-51.028.936,81	-50.852.808,42
Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	73.427.131,82	55.905.377,57
Außerordentliches Gesamtergebnis		
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
Summe außerordentliches Gesamtergebnis	0,00	0,00
Gesamtjahresergebnis	73.427.131,82	55.905.377,57
Jahresergebnis Anteil Fremder *1	-4.536.203,54	-3.842.906,72
Ergebnisverwendung *2	-22.367.674,53	-12.681.738,82
Gesamtbilanzergebnis	46.523.253,75	39.380.732,03
Nachrichtlich: Verrechnung v. Erträge/Aufwendungen m. d. allg. Rücklage gem. § 38 (3) GemHVO		
Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	13.003.690,92	4.918.949,05
Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	7.123.435,25	450.152,12
Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	7.043.424,64	5.003.145,23
Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	22.201.989,08	30.940.356,10
Verrechnungssaldo	-9.118.287,55	-30.574.400,16

* 1 im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust

*2 Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

Gesamtabschluss 2017

für das Haushaltsjahr vom 01.01.2017 – 31.12.2017

Gesamtanhang



Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Grundlagen	3
Konsolidierungskreis des Konzerns Stadt Duisburg	3
Überblick über die in den Gesamtabschluss einbezogenen vAB	5
Überblick über die nicht einbezogenen vAB	6
Konsolidierungsgrundsätze	11
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	13
Aufgliederung einzelner Posten aus dem Gesamtabschluss	15
A K T I V A	15
1. Anlagevermögen	15
2. Umlaufvermögen	19
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	21
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	21
P A S S I V A	21
1. Eigenkapital	21
2. Sonderposten	22
3. Rückstellungen	24
4. Verbindlichkeiten	24
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	24
Überblick über die Ertragslage des Konzerns	25
Haftungsverhältnisse	25
Finanzinstrumente	26
Gesamtkapitalflussrechnung	26
Sonstige Angaben	28
Anlagenspiegel zum 31.12.2017	29
Rückstellungsspiegel zum 31.12.2017	30
Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2017	31

Allgemeine Grundlagen

Die Stadt Duisburg, Burgplatz 19 in 47051 Duisburg, hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, also der Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, sowie der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Zudem ist dem Gesamtabschluss der gemeindliche Beteiligungsbericht beizufügen.

Zum Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres ihrer verselbständigten Aufgabenbereiche (vAB) in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren.

Aufgestellt wird der Gesamtabschluss nach den maßgeblichen Vorschriften aus Gemeindeordnung NRW (GO), Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO), Handelsgesetzbuch in der Fassung vom 25. Mai 2009 (HGB) und der Gesamtabchlussrichtlinie des Konzerns Stadt Duisburg.

Zum Zwecke einer klareren Darstellung sind verschiedene Posten der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung zusammengefasst worden. Hier im Anhang werden diese Posten gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gesamtergebnisrechnung ist nach den Vorschriften des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) gegliedert.

Der Gesamtabschluss wird in Euro aufgestellt. Alle Beträge sind – soweit nicht anders angegeben – in Euro (EUR) ausgewiesen.

Der vorliegende Abschluss bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2017 (1. Januar bis 31. Dezember).

Aufstellung, Vollständigkeit und Richtigkeit des Gesamtabchlusses sowie des Gesamtlageberichts liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Duisburg.

Der Gesamtabschluss des Konzerns Stadt Duisburg wird vom Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Duisburg gem. § 116 Abs. 6 GO NRW geprüft.

Erstellt wurde der Gesamtabschluss mit Hilfe der Konsolidierungssoftware IDL.Konsis der Firma IDL GmbH Mitte, Schmitten.

Konsolidierungskreis des Konzerns Stadt Duisburg

In den Gesamtabchluss sind neben der Stadt Duisburg alle wesentlichen verbundenen verselbständigten Aufgabenbereiche (vAB) einbezogen. Wesentliche assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert.

VAB, die aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden nicht konsolidiert und unter den Finanzanlagen auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen.

Bei der Beurteilung der untergeordneten Bedeutung wurde ein mehrdimensionaler Ansatz gewählt, bei dem u.a. die Kriterien Bilanzsumme, Ergebnis und Verschuldung herangezogen wurden.

Im Berichtsjahr wurden folgende vAB zusätzlich zur Stadt Duisburg in den Gesamtabschluss miteinbezogen:

Vollkonsolidierte vAB:

- Immobilien Management Duisburg (IMD) – eigenbetriebsähnliche Einrichtung
- DuisburgSport (DuSport) – eigenbetriebsähnliche Einrichtung
- Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH – Konzern (DVV)
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD)
- GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH
- Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum (WLM)

Assoziierte Unternehmen (Einbeziehung nach der Equity-Methode¹)

- Duisburger Hafen AG – Konzern (duisport)

Nachfolgende vAB wurden aufgrund des Grundsatzes der Wesentlichkeit nicht konsolidiert:

Verbundene Unternehmen:

- Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH
- Duisburg Kontor GmbH
- Zoo Duisburg AG (Zoo)
- filmforum GmbH (filmforum)
- Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH & Immobilien KG (DBV Immo KG)
- Immobilien Service Duisburg GmbH (ISD) – inaktiv
- Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)
- MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG

Beteiligungen:

- Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH (wfbm)
- Deutsche Oper am Rhein gGmbH (DOR)
- Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH (GFW)
- Sana Kliniken Duisburg GmbH (bis 2015 - Assoziiertes Unternehmen)

Die Stadt Duisburg ist Trägerin der örtlichen Sparkasse. Diese wird mitsamt ihrer Beteiligungen und ihr zugehörigen Betriebe gem. § 1 Abs. 1 S. 2 Sparkassengesetz NRW nicht konsolidiert. Ebenso nicht konsolidiert wird der Sparkassenzweckverband der Städte Duisburg und Kamp-Lintfort.

¹ Die Equity-Methode ist dadurch charakterisiert, dass der Wertansatz für den gemeindlichen Betrieb, ausgehend von den historischen Anschaffungskosten, in den Folgejahren entsprechend der Entwicklung des anteiligen bilanziellen Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens fortgeschrieben wird.

Überblick über die in den Gesamtabchluss einbezogenen vAB

Vollkonsolidierungskreis

Die **Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH - DVV-Konzern** ist als 100%ige Tochter der Stadt Duisburg eine bedeutende Beteiligung im Sinne der §§ 116 Abs. 3 GO NRW und 50 GemHVO NRW. Sie erfüllt originäre Kernaufgaben der Kommune (ÖPNV, Stadtwerke etc.). Der Konzern ist daher voll zu konsolidieren.

Die **Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD)** ist eine bedeutende Beteiligung der Stadt Duisburg im Sinne der GO NRW. Die Stadt Duisburg ist alleinige Trägerin der Anstalt (100% Anteil). Die WBD-AöR erfüllt originäre Kernaufgaben der Stadt Duisburg (Entsorgung etc.). Sie ist voll zu konsolidieren.

Das **Immobilien Management Duisburg (IMD)** hat als öffentlich-rechtlicher Betrieb wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss und ist somit als bedeutend gem. GO NRW einzustufen. Es liegt zudem eine einheitliche Leitung der Stadt Duisburg vor, da es sich um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung handelt. Das IMD bilanziert den Großteil des bebauten, städtischen Immobilienvermögens und ist daher voll zu konsolidieren.

Die **Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG)** ist eine 100%ige Tochter der Stadt Duisburg und eine bedeutende Beteiligung im Sinne der GO NRW. Sie erfüllt originäre Kernaufgaben der Kommune (Bereitstellung von Wohnraum etc.) und hat wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss. Die GEBAG ist voll zu konsolidieren.

Duisburg Sport (DuSport) ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Duisburg und steht somit auch unter einheitlicher Leitung der Kommune. DuSport hat keinen wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss, wenn es darum geht, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu vermitteln. Durch die Einbeziehung in den Vollkonsolidierungskreis werden wichtige Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens (Sportstätten) dargestellt. DuSport ist voll zu konsolidieren.

Die **Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum (WLM)** ist eine Stiftung der Stadt Duisburg. Es liegt eine einheitliche Leitung der Kommune vor (Stadt Duisburg ist Hauptstifterin). WLM hat keinen wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss, wenn es darum geht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu vermitteln. Allerdings würden bei Nicht-Einbeziehung wichtige Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens (Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler) nicht dargestellt. Um dies zu vermeiden, ist WLM voll zu konsolidieren.

At-Equity-Konsolidierung

Die **Duisburger Hafen AG – duisport** ist eine bedeutende Beteiligung im Sinne der GO NRW und hat wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss. Allerdings liegt zum einen keine einheitliche Leitung der Stadt Duisburg vor (33,33% der Anteile fallen auf die Stadt) und auch die im Prüfschema genannten Kontrollmöglichkeiten finden auf die AG keine Anwendung.

Jedoch kann die Kommune maßgeblichen Einfluss auf die AG ausüben. Die Duisport – AG ist somit nach der Equity-Methode einzubeziehen und als assoziiertes Unternehmen auszuweisen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse der vAB werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß den Vorschriften des NKF im Gesamtabchluss abgebildet (siehe Konsolidierungsgrundsätze).

Überblick über die nicht einbezogenen vAB

Verbundene Unternehmen

Die **Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH (DKH)**, ehemals Duisburg Marketing GmbH (DMG) ist eine 100%ige Beteiligung der Stadt Duisburg. Die DKH erfüllt Aufgaben der Stadt Duisburg im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Vermarktung von Veranstaltungsstätten auf dem Gebiet der Stadt Duisburg, insbesondere der Mercatorhalle im City-Palais sowie des Landschaftsparks Duisburg-Nord. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert der Verbindlichkeiten umfassen allerdings jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens im Konzern Stadt Duisburg. An die DKH wird zwar jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser macht aber nur einen geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg aus. Insgesamt ist die DKH also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Duisburg Kontor GmbH (DK)**, ehemals FrischeKontor Duisburg GmbH (FKD) ist eine 100%ige Beteiligung der Stadt Duisburg. Das Betreiben von Fleischzentren und Märkten, die Organisation von Veranstaltungen und die Förderung des Tourismus sind keine originären Aufgaben von Kommunen. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert der Verbindlichkeiten von DK umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens im Konzern Stadt Duisburg. An die DK wird zwar jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser macht aber nur einen geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg aus. Insgesamt ist die DK also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Zoo Duisburg AG** ist eine Tochtergesellschaft, an der die Stadt Duisburg einen Anteil von 72,86% hält. Es werden keine originären Aufgaben der Stadt erfüllt. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert des Unternehmens umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens aller Finanzanlagen.

An die Zoo AG wird jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser entspricht aber nur einem geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg. Insgesamt ist die Zoo AG von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **filmforum GmbH Kommunales Kino & filmhistorische Sammlung der Stadt Duisburg (filmforum)** ist eine 100%ige Beteiligung der Stadt Duisburg. Die Gesellschaft erfüllt keine originären Aufgaben der Stadt. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. Da das Eigenkapital die Wesentlichkeitsgrenze von 1 Mio. Euro unterschreitet, ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die Stadt Duisburg ist alleinige Kommanditistin der **Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV) & Co. Immobilien KG (DBV Immo KG)** und hat somit die einheitliche Leitung der Gesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) ist die Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV), eine 100 %ige Tochtergesellschaft der GEBAG. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert der Verbindlichkeiten umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens im Konzern Stadt Duisburg. Darüber hinaus ist die Einstellung des aktiven Geschäftsbetriebes geplant. Insgesamt ist die DBV Immo KG also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)** hat keinen wesentlichen Anteil am Gesamtabchluss. Die DEG ist von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll. Des Weiteren empfiehlt das Modellprojekt auf die Vollkonsolidierung von Servicebetrieben zu verzichten, wenn folgende Kriterien erfüllt sind: Leistungserbringung im Wesentlichen für die Kommune bzw. den Konzern, kein oder nur geringes Sachanlagevermögen, keine oder nur geringe langfristige Fremdverbindlichkeiten, ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Diese Kriterien sind bei der DEG erfüllt.

Die **MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG** ist eine Tochtergesellschaft, an der die Stadt Duisburg insgesamt einen Anteil von 50,1 % (unmittelbar 16,8 %, mittelbar über die DBV KG 33,3 %) hält. Die MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG ist Besitzgesellschafterin der Schauinsland-Reisen-Arena. Einzige Mieterin ist die Profifußballgesellschaft des MSV Duisburg e. V.. Die Gesellschaft erfüllt keine originäre Aufgabe der Stadt Duisburg und ist von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Alle vorgenannten vAB werden mit Ihrem Beteiligungsbuchwert aus dem Einzelabschluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2017 auf der Aktivseite unter „Anteile an verbundenen Unternehmen“ im Gesamtabchluss ausgewiesen.

Beteiligungen

Die **Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH (wfbm)** ist eine 50%ige Tochtergesellschaft der Stadt Duisburg. Die Stadt Duisburg hat in der Gesellschafterversammlung nicht die Stimmmehrheit. Es wird keine originäre Aufgabe der Stadt erfüllt. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert des Unternehmens umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens aller Finanzanlagen. Die Stadt Duisburg ist nach Gesellschaftsvertrag verpflichtet, einen im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Verlust auszugleichen, dieser Fall ist aber bisher nicht eingetreten. Insgesamt ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die Stadt Duisburg ist an der **Deutsche Oper am Rhein gGmbH (DOR, Rheinoper)** nur mit 45% beteiligt. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert des Unternehmens umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens aller Finanzanlagen. Insgesamt ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die Revierpark Mattlerbusch GmbH (RPM) wurde auf die **Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)** verschmolzen, an der die Stadt Duisburg nur mit rd. 8,2% beteiligt ist. Die Stadt Duisburg hat in der Gesellschafterversammlung nicht die Stimmmehrheit. Es wird keine originäre Aufgabe der Stadt erfüllt. Das Geschäftsvolumen, die Bilanzsumme und der Wert des Unternehmens umfassen jeweils nur einen geringen Anteil des Gesamtvolumens aller Finanzanlagen. An die FMR wird jährlich ein Zuschuss bezogen auf die Betriebsstätte Revierpark Mattlerbusch der FMR geleistet, dieser entspricht aber nur einem geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg. Insgesamt ist die Gesellschaft also von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Die **Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH (GFW)** ist eine 50%ige Tochtergesellschaft der Stadt Duisburg. Die Stadt hat keine Mehrheit in der Gesellschafterversammlung. Nur mit geringem Volumen wurden Aufgaben übertragen. Es gibt keine Beschränkung der Ausübung der Rechte der Stadt als Muttergesellschaft. An die GFW wird jährlich ein Verlustausgleich geleistet, dieser entspricht aber nur einem geringen Anteil der Aufwendungen der Stadt Duisburg.

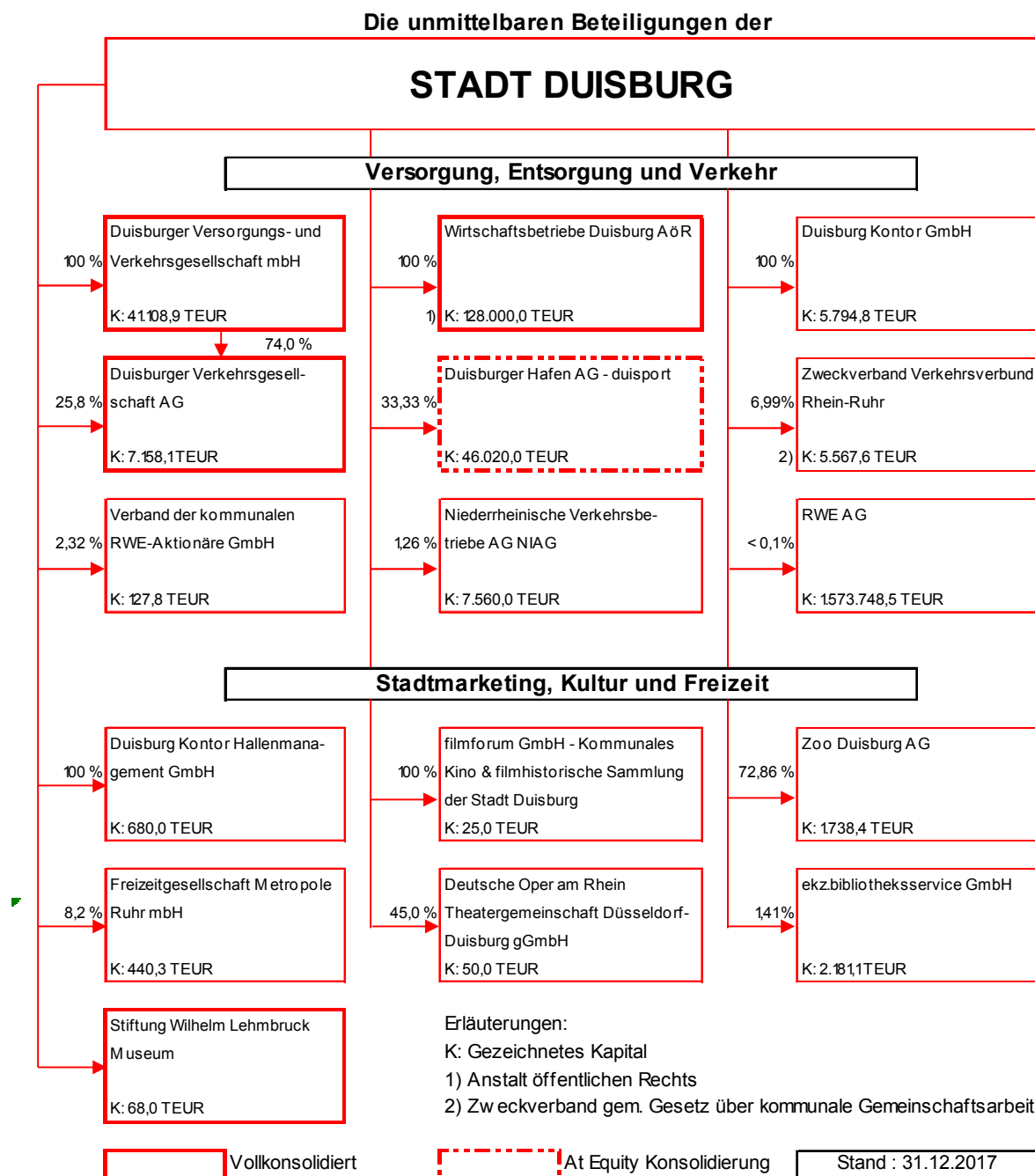
Da das Eigenkapital die Wesentlichkeitsgrenze von 1 Mio. Euro unterschreitet, ist die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

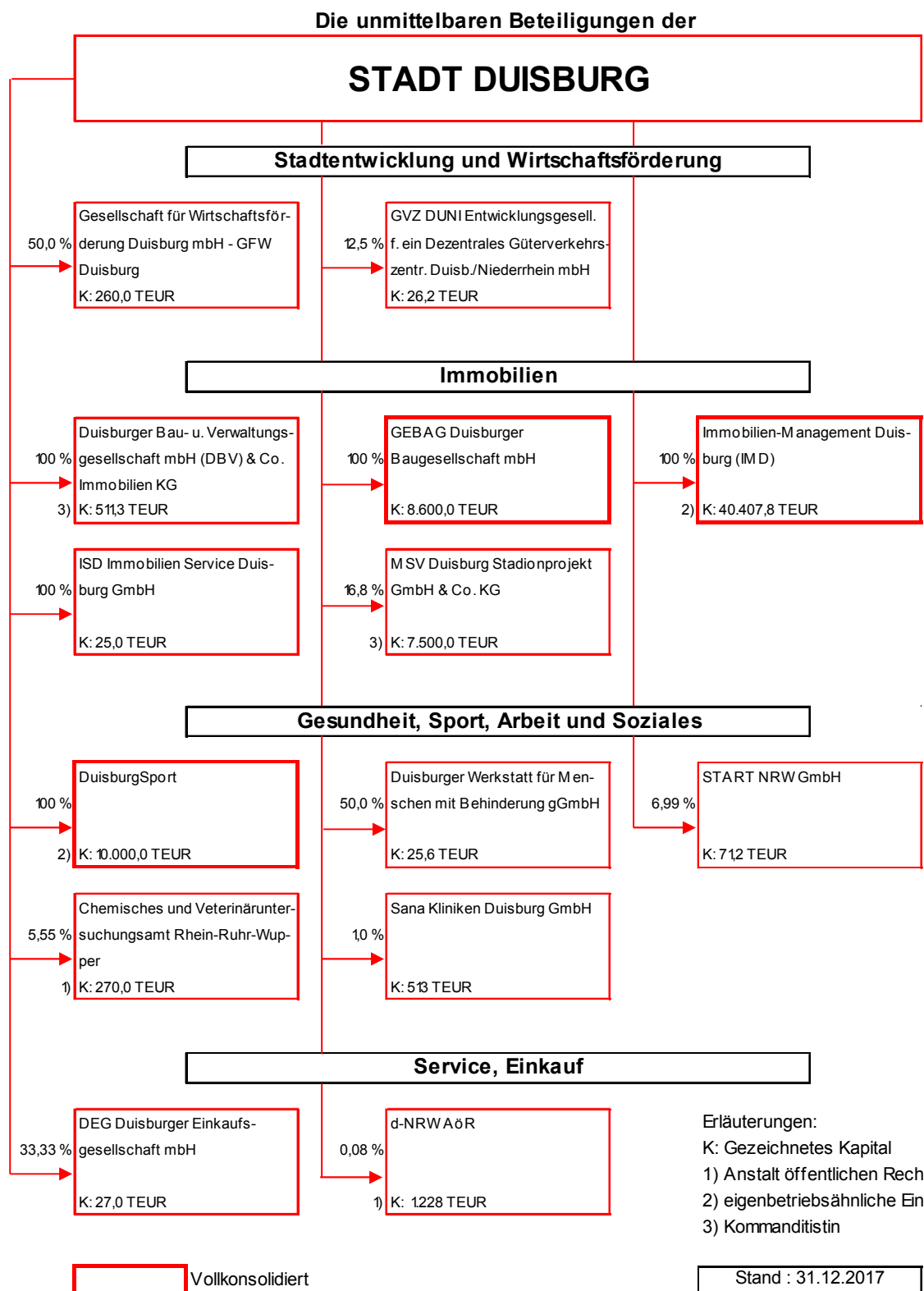
Die **Sana Kliniken Duisburg GmbH** (zuvor Klinikum Duisburg GmbH) wurde bis 2015 nach der Equity-Methode einbezogen und als assoziiertes Unternehmen ausgewiesen. Im Juli 2015 wurden weitere 50 von 51% der städtischen Geschäftsanteile an der GmbH an die Sana Kliniken AG veräußert. Bei der Stadt verbleibt 1% der Geschäftsanteile. Die Beteiligung wurde entkonsolidiert (siehe Gesamtabchluss 2015) und ist nunmehr von untergeordneter Bedeutung, wenn ein den tatsächlichen Ver-

hältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt werden soll.

Alle vorgenannten, d. h. nicht einbezogenen vAB werden mit Ihrem Beteiligungsbuchwert aus dem Einzelabschluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2017 auf der Aktivseite unter „Beteiligungen“ im Gesamtabchluss ausgewiesen.

Die nachfolgenden Übersichten zeigen eine grafische Darstellung des Konsolidierungskreises des Konzerns Stadt Duisburg.





Vorbemerkung

Der Gesamtabchluss basiert grundsätzlich auf der Grundlage der geprüften Einzelabschlüsse.

Konsolidierungsgrundsätze

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse der vAB werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß den Vorschriften des NKF im Gesamtabchluss abgebildet. Die **voll zu konsolidierenden** vAB wurden dafür in einem ersten Schritt zum Erstkonsolidierungszeitpunkt 01.01.2010 nach der Neubewertungsmethode neu bewertet. In einem zweiten Schritt erfolgte sodann die Fortschreibung dieser Werte mittels bestimmter, gesetzlich vorgeschriebener Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (s. u.). Bei der Neubewertung zum Erstkonsolidierungszeitpunkt entstanden im Rahmen der Kapitalkonsolidierung folgende aktive und passive Unterschiedsbeträge:

Aktive Unterschiedsbeträge:

- DVV-Konzern	22.149.738,95 EUR
- WLM	11.988,85 EUR
<i>Summe</i>	<i>22.161.727,80 EUR</i>

Bemerkung:

Der aktive Unterschiedsbetrag (Firmenwert) resultiert aus dem Bereich der Stadtwerke. Er ergibt sich als Differenz zwischen dem Ertragswert und dem Zeitwert. Faktoren, die zur Bildung eines Firmenwertes führen können, sind Know How, gutes Management, Marktstellung und Kundenstamm.

Systematische Differenz

Passive Unterschiedsbeträge:

- IMD	108.454.831,21 EUR
- DuSport	1.425.091,30 EUR
- WBD	32.274.690,50 EUR
- GEBAG	46.789.731,54 EUR
<i>Summe</i>	<i>188.944.344,55 EUR</i>

Bemerkung:

Hebung stiller Reserven

Die Differenz entsteht, weil der Bilanzansatz DuSport in der städtischen Bilanz zum 31.12.2009 aufgrund einer Hochrechnung abgewertet wurde. Der tatsächlich eingetretene Fehlbetrag v. DuSport fiel geringer aus, weswegen das Eigenkapital höher als der Bilanzansatz ist.

Hebung stiller Reserven

Hebung stiller Reserven

Die aktiven Unterschiedsbeträge sind auf der Aktivseite unter dem Anlagevermögen, bei den Geschäfts- oder Firmenwerten als Geschäftswert Kapitalkonsolidierung ausgewiesen. Sie werden linear über 15 Jahre abgeschrieben.

Die passiven Unterschiedsbeträge aus Kapitalkonsolidierung finden sich normalerweise unter dem Eigenkapital als Teil der allgemeinen Rücklage. Da der Konzern Stadt Duisburg jedoch zum 31.12.2012 erstmals ein negatives Eigenkapital vorweisen musste, werden die Unterschiedsbeträge in der Bilanz nicht mehr gesondert ausgewiesen.

Aufwendungen und Erträge sowie Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den vollkonsolidierten vAB wurden eliminiert. Zwischenergebnisse waren nicht herauszurechnen.

Im Rahmen der Schulden- sowie der Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurden sämtliche Differenzen über 1 Mio. € geklärt. Es ergab sich für die Schuldenkonsolidierung ein zu bereinigender Betrag per Gesamtsaldo von 4.436.172,53 EUR und für die Aufwands- und Ertragskonsolidierung ein Betrag per Gesamtsaldo in Höhe von 19.487.981,87 EUR. Diese konnten saldiert in der Schuldenkonsolidierung bis auf insgesamt 682.470,09 EUR (verteilt auf 18 Sachverhalte) und in der Aufwands- und Ertragskonsolidierung bis auf 2.524.040,75 EUR (verteilt auf 19 Sachverhalte) aufgeklärt werden.

Auch die nach der **Equity-Methode** zu konsolidierenden vAB wurden prinzipiell zum Erstkonsolidierungszeitpunkt 01.01.2010 neu bewertet.

Beim *duisport-Konzern* ergab die Neubewertung einen höheren Unternehmenswert in Höhe von 10.686 TEUR. Gem. § 312 Abs. 1 Satz 3 HGB (alte Fassung von 2002) darf der Wert die Anschaffungskosten für die Anteile an dem assoziierten Unternehmen nicht überschreiten. Somit wurde dem Beteiligungsbuchwert der Stadt der entsprechend gleiche Betrag als anteiliges Eigenkapital des duisport-Konzerns gegenübergestellt. In der Bilanz wird daher kein Unterschiedsbetrag mehr ausgewiesen.

Teilkonzerne

Der DVV-Konzern ist als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen und voll konsolidiert worden. Die in der 7. Handreichung dafür aufgeführten Voraussetzungen sind gegeben:

- Es wird ein vollständiger handelsrechtlicher Konzernabschluss aufgestellt.
- Die Kapitalverflechtungen und Leistungsbeziehungen zwischen den im Teilkonzern voll zu konsolidierenden Betrieben und anderen zu konsolidierenden gemeindlichen Betrieben wurden aufgedeckt und berücksichtigt.
- Änderungen der Konsolidierungsstruktur wurden berücksichtigt.
- Die im Teilkonzern aufgedeckten stillen Reserven werden fortgeschrieben.

Als assoziiertes Unternehmen ist der duisport-Konzern „at equity“ konsolidiert worden; gem. den Vorschriften des § 312 Abs. 6 HGB erfolgt die Einbeziehung nicht auf Basis des Einzelabschlusses, sondern auf Basis des geprüften Konzernabschlusses. Auch hier waren stille Reserven bzw. stille Lasten zu heben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundsätzlich sind sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden zum Einbeziehungsstichtag 01.01.2010 neu bewertet worden (s.o.). Dabei wurden nur die im NKF zugelassenen Methoden verwendet. Die Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit wurden beachtet. Die Wertansätze werden auf Basis der nachfolgend dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden fortgeschrieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Sämtliche immateriellen Vermögenswerte weisen eine bestimmbare Nutzungsdauer auf und werden planmäßig linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft.

Die Ermittlung der Wertansätze für das Sachanlagevermögen in der Eröffnungsbilanz ist gem. § 54 Abs. 1 GemHVO i.V.m. § 92 Abs. 3 GO stichtagsbezogen auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorgenommen worden. Bei der Ermittlung der Wertansätze der Vermögensgegenstände wurde hierbei grundsätzlich der Wiederbeschaffungszeitwert herangezogen. Grundlage für die Berechnung sind die (ursprünglichen) Anschaffungs- und Herstellungskosten des Vermögensgegenstandes. Diese wurden dann auf den Bilanzstichtag hochgerechnet, wenn stille Reserven vorhanden waren. Entsprechend den Bestimmungen des § 35 GemHVO ist der Wertansatz für Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, im Rahmen der Zeitwertermittlung um planmäßige lineare Abschreibungen unter Berücksichtigung der festgesetzten Restnutzungsdauern vermindert worden. Diese Werte gelten als fortgeführte Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Zugänge des Sachanlagevermögens ab 01.01.2010 sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen sind nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände bemessen und können der Abschreibungstabelle für den Konzern Stadt Duisburg entnommen werden. Abschreibungen erfolgen mit Beginn des Folgemonats der Anschaffungen.

Grundsätzlich wird die Einzelbewertung angewandt. Teilbereiche der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Grünanlagen sind aus Vereinfachungsgründen nach dem Festwertverfahren gemäß § 34 Abs. 1 und Abs. 2 GemHVO bewertet. Es handelt sich im Wesentlichen um

1. Aufwuchs und Ausstattung von Forst- und Parkanlagen
2. Einrichtungen in Schulen
3. Einrichtungen in Kindertagesstätten
4. Fahrzeugbeladungen Feuerwehr
5. Büromobiliar
6. Medienbestände der Stadtbibliothek

Nach § 55 Abs. 3 GemHVO werden für die Kulturpflege bedeutsame Vermögensgegenstände mit ihrem Versicherungswert, ansonsten mit dem einer dauerhaften Versicherung zu Grunde zu legenden Wert angesetzt. Sonstige Kunstgegenstände, Aus-

stellungsgegenstände und andere bewegliche Kulturobjekte werden mit einem Erinnerungswert (1 €) angesetzt.

Darüber hinaus werden nach § 33 Abs. 4 GemHVO geringwertige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungskosten unter 410,00 € zzgl. Umsatzsteuer betragen, aus Vereinfachungsgründen im Jahr des Zugangs vollständig abgeschrieben.

Die Bewertung der verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen, die nicht in den Gesamtabschluss miteinbezogen werden, erfolgt mit Ausnahme von Einzelfällen, in denen die Ertragswertmethode anzuwenden ist, nach der Substanzwertmethode. Beteiligungen von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung sind nach der Eigenkapitalspiegelmethode bewertet. Sofern Beteiligungen ein negatives Eigenkapital ausweisen, wird ein Erinnerungswert angesetzt.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Der Wert der Vorräte wird am Jahresende über die Inventur ermittelt und die Bestandsveränderung aufwandserhöhend bzw. aufwandsmindernd gebucht.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Abzug gebotener Wertberichtigungen angesetzt.

Die liquiden Mittel sind zum Nennwert ausgewiesen.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Bilanzstichtag geleistete Ausgaben ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Sonderposten beinhalten zweckgebundene Zuwendungen für bereits fertig gestellte Vermögensgegenstände. Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten erfolgt parallel zu den Abschreibungen auf den Vermögensgegenständen über die festgelegte Restnutzungsdauer.

Die Rückstellungen wurden nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht für sämtliche erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen gebildet. Die Pensionsrückstellungen sind gemäß § 36 Absatz 1 GemHVO nach den beamtenrechtlichen Vorschriften, bezogen auf den Bilanzstichtag bewertet. Der Rechnungszins beträgt 5% für die Pensionsrückstellungen. Die Beihilfen sind pauschal nach § 88 des Landesbeamtengesetzes mit 22% bezogen auf die Rückstellungen von Versorgungsbezügen ermittelt. Für sämtliche Rückstellungen gilt § 36 GemHVO.

Der Ansatz der Verbindlichkeiten entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung waren zum Bilanzstichtag nicht vorhanden.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Aufgliederung einzelner Posten aus dem Gesamtabschluss

Der Konzern Stadt Duisburg weist zum 31.12.2017 eine

Gesamtbilanzsumme von **7.564.730.210,40** EUR

aus und schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem

Gesamtjahresüberschuss von **73.427.131,82** EUR

ab. Unter Berücksichtigung der Anteile Fremder am Jahresergebnis*¹ sowie der Ergebnisverwendung*² ergibt sich als *Gesamtbilanzergebnis* ein

Überschuss von **46.523.253,75** EUR.

*¹ im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust

*² Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

Aufgliederung der Bilanzpositionen

Nachfolgend sind zu den Bilanzpositionen (Anlage 2) die einzelnen Gliederungspunkte aufgeschlüsselt. Die Nummerierung ist hierbei der Bilanz entnommen, Positionen zu denen keine weitere Aufschlüsselung möglich ist sind nicht dargestellt.

A K T I V A

1. Anlagevermögen

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Geschäfts- oder Firmenwert	10.342.139,64	11.819.588,16
davon: Geschäftswert Kapitalkonsolidierung	10.342.139,64	11.819.588,16
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	5.624.228,49	7.351.780,54
Anzahlungen auf immat. Vermögensgegenstände	353.249,52	170.690,99
	16.319.617,65	19.342.059,69

Zu den sonstigen immateriellen Vermögensgegenständen zählen Konzessionen, Nutzungsrechte, Lizenzen und Software.

1.2 Sachanlagen

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Grünflächen	195.681.213,53	238.012.315,37
Ackerland	33.395.712,02	33.341.725,20
Wald, Forsten	18.758.554,58	19.365.100,43

Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

185.735.733,13 191.524.903,31
433.571.213,26 482.244.044,31

Unter den Grünflächen sind Park- und Grünanlagen, Kleingärten, Friedhöfe, Sportflächen, Wasserflächen und Naturschutzflächen bilanziert.

Unter der Position Ackerland werden sowohl der Grund und Boden des begünstigten Agrarlandes (besondere Flächen der Land- oder Forstwirtschaft) als auch die rein landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgewiesen.

Unter den sonstigen unbebauten Grundstücken werden insbesondere das Bauland, Rohbau- und Bauerwartungsland sowie Grundstücke, für die Erbbaurechte vergeben worden sind, ausgewiesen.

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Kinder- und Jugendeinrichtungen	106.532.572,13	98.817.340,91
Schulen	859.431.991,03	884.430.264,49
Sportstätten	51.367.065,54	52.767.924,23
Wohnbauten	498.272.270,48	482.026.239,11
Grundstücke mit sozialen Einrichtungen	5.802.154,32	4.178.778,12
Grundstücke mit Mehrzweck- und Messehallen	57.510.622,74	61.003.423,85
Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und sonstigen Betriebsgebäuden	244.270.233,53	245.975.907,38
	1.823.186.909,77	1.829.199.878,09

1.2.3 Infrastrukturvermögen

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	376.351.594,10	376.706.993,35
Brücken und Tunnel	152.264.665,99	155.784.161,95
Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	90.373.111,48	82.440.266,68
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	593.359.796,24	604.015.072,28
Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	752.091.701,95	779.439.571,40
Stromversorgungsanlagen	282.619.938,76	287.894.916,34
Gasversorgungsanlagen	131.393.655,29	136.474.907,42
Wasserversorgungsanlagen	102.548.393,57	101.932.925,69
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	896.611.050,70	916.413.026,96
	3.377.613.908,08	3.441.101.842,07

Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Es handelt sich hierbei um einen Sammelposten, der sämtlichen Grund und Boden des gemeindlichen Infrastrukturvermögens enthält. Eine genaue Zuordnung auf die einzelnen Bilanzposten des Infrastrukturvermögens ist nicht erforderlich.

Brücken und Tunnel

Zu diesem Bilanzposten gehören Brücken, Tunnel, Durchlässe und sonstige Ingenieurbauwerke. Diese sind unabhängig von ihrer Nutzung für Fußgänger, Straßen- oder Schienenverkehr.

Gleisanlagen

Hierzu zählen sämtliche dem Betrieb des Streckennetzes unmittelbar dienende Anlagen wie z.B. Gleisunterbau, Schienen, Oberleitungen, Signal- und Funkanlagen, Zugsicherungs- und Zuglenkungsanlagen.

Versorgungsanlagen

Zu den Versorgungsanlagen zählen Strom-, Gas- und Wasserversorgungsanlagen. Der Ausweis erfolgt getrennt.

Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Unter den Sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens sind in erster Linie die Bauwerke der Stadtbahn, wie z.B. Bahnhöfe, Haltestellen, Rampen, Tunnel- und Brückenbauwerke erfasst. Darüber hinaus wurden wassertechnische Anlagen wie z.B. Hochwasserschutzanlagen, Deiche, Durchlässe und Verrohrungen angesetzt.

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Bauten auf fremdem Grund und Boden	998.416,69	1.342.677,35

Hierunter sind im städtischen Besitz befindliche Gebäude auf Erbbaurechtsgrundstücken erfasst.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.352.334,07	89.764.911,89
Baudenkmäler	50,00	50,00
Bodendenkmäler	126,00	126,00
	89.352.510,07	89.765.087,89

Diese Bilanzposition beinhaltet zum größten Teil Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler der Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum; außerdem Kunstgegenstände des Kultur- und Stadthistorischen Museums, des Museums der Deutschen Binnenschifffahrt sowie Plastiken im Freien.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Maschinen und technische Anlagen	70.348.724,62	63.240.421,37
Spezialfahrzeuge	23.774.866,45	25.690.918,70
Fahrzeuge für den ÖPNV	24.058.645,62	15.385.761,25
Sonstige Fahrzeuge	8.535.899,91	8.319.538,09
	126.718.136,60	112.636.639,41

1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Geleistete Anzahlungen	0,00	51.594,52
Anlagen im Bau	234.653.150,87	141.127.127,40
	234.653.150,87	141.178.721,92

1.3 Finanzanlagen

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Anteile an verbundenen Unternehmen	9.218.236,63	15.108.964,53
Beteiligungen	36.311.501,14	26.925.065,55
Assoziierte Unternehmen	332.116.566,52	351.900.635,03
davon Unterschiedsbetrag		
Wertpapiere des Anlagevermögens	41.770.884,90	41.253.801,36
Ausleihungen	52.794.354,84	52.743.498,04
Sondervermögen	4.131.787,85	3.802.945,05
Summe Finanzanlagen	476.343.331,88	491.734.909,56

Unter den vorgenannten Positionen werden die Anteile an folgenden nicht vollkonsolidierten Unternehmen und Beteiligungen ausgewiesen. Diese sind mit dem Wert aus dem Einzelabschluss der Stadt Duisburg zum 31.12.2017 einbezogen.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Zum Anteilsvermögen der verbundenen Unternehmen zählen:

- Sparkassenzweckverband der Städte Duisburg und Kamp-Lintfort
- Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH (vormals Duisburg Marketing GmbH)
- Duisburg Kontor GmbH (vormals FrischeKontor Duisburg GmbH)
- Zoo Duisburg AG
- filmforum GmbH - Kommunales Kino und Filmhist. Sammlung der Stadt Duisburg
- Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV) & Co. Immobilien KG (DBV KG)
- Immobilien Service Duisburg GmbH (inaktiv)
- Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)
- MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG

1.3.2 Beteiligungen

Das Anteilsvermögen der Beteiligungen umfasst die Anteile an den nachstehend aufgeführten Gesellschaften:

- Duisburger Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH (wfbm)
- Revierpark Mattlerbusch GmbH (RPM)
- Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
- Deutsche Oper am Rhein Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH (DOR)
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg mbH - GFW
- Sana Kliniken Duisburg GmbH (zuvor Klinikum Duisburg GmbH)

1.3.3 Assoziierte Unternehmen

Nachfolgende Beteiligungen werden mit der At-Equity-Methode in den Gesamtabchluss einbezogen:

- Duisburger Hafen AG - duisport

1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens

- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
- START NRW GmbH
- Niederrheinische Verkehrsbetriebe AG NIAG
- ekz.bibliotheksservice GmbH
- Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
- GVZ DUNI (inaktiv)
- RWE AG, Stammaktien
- Stadtbahn-Fonds
- Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper AöR
- Zweckverband KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister

1.3.6 Ausleihungen

Unter den Ausleihungen sind langfristige Darlehen der Stadt Duisburg, die diese im Rahmen ihrer Aufgabenerzielung vergibt, bilanziert.

1.3.7 Sondervermögen

Unselbstständige Stiftungen

2. Umlaufvermögen

2.1 Vorräte

Der Posten Vorräte umfasst die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen, fertige Erzeugnisse und Waren sowie geleistete Anzahlungen. Als Vorräte sind nur Lagerbestände an verwertbaren Materialien anzusetzen. Sofern bereits Bestände aus Lagern abgegeben worden sind, gelten sie als ver-

braucht. Abweichend von dem Grundsatz der Einzelbewertung sind die Festbewertung, die Gruppenbewertung und die Sammelbewertung als Bewertungsvereinfachungsverfahren zulässig (§ 34 GemHVO).

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.192.552,91	11.535.207,16
Waren (auch Grundstücke des Umlaufvermögens)	11.675.450,98	14.394.803,24
Unfertige Erzeugnisse	35.665.148,10	26.880.194,20
Fertige Erzeugnisse	16.120,00	26.522,00
Geleistete Anzahlungen	474.242,64	394.156,38
	58.023.514,63	53.230.882,98

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Öffentlich-rechtliche Forderungen sind öffentlich-rechtliche Ansprüche der Stadt Duisburg/des vAB in der Rolle als Gläubiger, von einem anderen in der Rolle als Schuldner eine Leistung, ein Tun oder ein Unterlassen zu verlangen. Sie resultieren aus der Festsetzung von Gebühren, Beiträgen und Steuern sowie aus Transferleistungen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnissen.

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Gebührenforderungen	23.051.702,76	21.672.185,77
Beitragsforderungen	10.353.421,38	9.641.176,63
Steuerforderungen	18.556.493,93	18.635.200,77
Forderungen aus Transferleistungen	19.956.001,01	15.878.951,84
Forderungen aus sonst. öff.-rechtl. Forderungen	39.514.239,68	28.602.538,82
	111.431.858,76	94.430.053,83

Gebühren sind Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine besondere Leistung, Amtshandlung oder sonstige Tätigkeit der Verwaltung (Verwaltungsgebühr) oder für die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Anlagen (Benutzungsgebühr) erhoben werden. Bei einer Gebührenforderung handelt es sich demnach um einen geldlichen Anspruch der Stadt Duisburg/des vAB gegen einen anderen, der aus der Festsetzung einer Verwaltungs- oder Benutzungsgebühr entsteht.

Beiträge sind Geldleistungen, die dem Ersatz des Aufwandes für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen und Anlagen, jedoch ohne die laufende Unterhaltung und Instandsetzung, dienen. Bei Beitragsforderungen handelt es sich demnach um einen geldlichen Anspruch der Stadt Duisburg/des vAB gegen einen anderen, der als Gegenleistung aus der Entstehung eines wirtschaftlichen Vorteils erhoben wird.

Transferleistungen sind Geldmittel oder Sachleistungen, die wirtschaftlich Schwächere von wirtschaftlich Stärkeren erhalten. Forderungen aus Transferleistungen sind demnach Ansprüche der Gemeinde gegen einen anderen, bei denen der Tatbestand

zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft, um wirtschaftlich Schwächere zu entlasten. Zu den Forderungen aus Transferleistungen gehören Finanzzuweisungen, Umlagen und Steuerbeteiligungen.

2.2.2 Privatrechtliche Forderungen

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Privatr. Forderungen gegen den privaten Bereich	86.457.782,97	123.220.021,31
Privatr. Forderungen gegen den öffentl. Bereich	16.754.908,03	16.507.512,54
Privatr. Ford. gegen verb. nicht vollkonsolidierte Unternehmen	881.411,99	1.863.145,22
Privatr. Forderungen gegen Beteiligungen	6.165.399,24	30.518.080,72
	110.259.502,23	172.108.759,79

3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Disagio	23.943,18	44.107,58
Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	65.110.871,73	67.294.353,40
Aktive latente Steuern	5.772.368,80	0,00
	70.907.183,71	67.338.460,98

4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Im Gesamtabchluss 2017 wird aufgrund des negativen Eigenkapitals des Konzerns, ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auf der Aktivseite ausgewiesen.

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	292.303.613,40	352.797.188,20

P A S S I V A

1. Eigenkapital

1.1 Allgemeine Rücklage

Die allgemeine Rücklage ist aufgrund des negativen Eigenkapitals seit dem Gesamtabschluss 2012 komplett aufgezehrt.

Nach § 43 Abs.3 GemHVO NRW sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Abs.3 Satz 1 GO NRW sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar (ergebnisneutral) mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Die Verrechnungen werden unter der Gesamtergebnisrechnung (Anlage 3) nachrichtlich dargestellt. Für 2017 ergibt sich ein Verrechnungssaldo von -9.118.287,55 EUR.

Dieser ergibt sich im Wesentlichen aus den Aufwendungen aus Wertveränderungen von Finanzanlagen in Höhe von 22.201.989,08 EUR, welche überwiegend aus außerplanmäßigen Abschreibungen an Anteilen an der KSBG (Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG) seitens der DVV resultieren.

Des Weiteren konnten Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen in Höhe von 13.003.690,92 EUR realisiert werden, denen jedoch Aufwendungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen in Höhe von 7.043.424,64 EUR gegenüberstehen.

Die Aufwendungen weisen als größte Position Straßenbaumaßnahmen aus, bei denen der Straßenkörper im Vollausbau in allen Schichten erneuert wird (2,3 Mio. EUR). Der Restbuchwert der vorhandenen Bausubstanz wird in diesen Fällen ausgebucht. Die übrigen Positionen verteilen sich auf eine Vielzahl kleinere Vorgänge.

Die Erträge resultieren unter anderem aus Grundstücksveräußerungen (2,7 Mio. EUR) und der Auflösung von Sonderposten im Rahmen von Straßenerneuerungen (1,7 Mio. EUR) bei der Kernverwaltung. Bei Straßenerneuerungen wird die noch vorhandene Bausubstanz ausgebucht und der in diesem Zusammenhang gebildete Sonderposten aufgelöst.

1.2 Sonderrücklagen

Unter dem Bilanzposten Sonderrücklagen werden die der Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum übertragenen Kunstgegenstände mit 54.475.103,67 EUR ausgewiesen.

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Sonderrücklagen	54.475.103,67	55.242.041,49

1.7 Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter

In dieser Position werden die Anteile des Eigenkapitals zusammengefasst, die anderen Gesellschaftern zustehen.

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
DVV - Konzern	99.074.501,38	91.061.736,78
Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum	12.334.657,09	12.334.634,79
	111.409.158,47	103.396.371,57

2. Sonderposten

2.1 Sonderposten für Zuwendungen

Für erhaltene Zuwendungen, die im Rahmen einer Zweckbindung bewilligt und gezahlt worden sind und für die Anschaffung von Vermögensgegenständen verwendet wurden, sind entsprechende Sonderposten anzusetzen. Die Auflösung der Sonder-

posten wird entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes vorgenommen.

Wurden bei Eigenbetrieben im Rahmen der Vermögensübertragung Sonderposten nicht mit übertragen (ist also gem. den Wahlrechten der Eigenbetriebsverordnung Eigenkapital entstanden), so wurde im Rahmen der Neubewertung für diese Objekte auf einen Ausweis des anteiligen Sonderpostens für diese Objekte verzichtet. Bei Anlagegütern, die vor dem 01.01.2010 angeschafft wurden und bei denen die Investitionszuschüsse direkt abgezogen wurden (Nettomethode), ist teilweise auch im Gesamtabschluss entsprechend verfahren worden.

Vom 01.01.2010 an werden im gesamten Konsolidierungskreis neu angeschaffte Anlagegüter brutto dargestellt und der Sonderposten für Investitionszuschüsse ausgewiesen.

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Sonderposten für Zuwendungen	1.607.858.139,03	1.671.203.401,60

2.2 Sonderposten für Beiträge

Die Sonderposten für Beiträge beinhalten die im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen erhaltenen Erschließungsbeiträge sowie Straßenbaubeiträge resultierend aus dem Baugesetzbuch und dem Kommunalabgabengesetz.

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Sonderposten für Beiträge	165.594.578,93	172.156.726,27

2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Diese Position beinhaltet Sonderposten der WBD-AöR, die dem Ausgleich von ausstehenden Gebühren dienen.

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	8.523.342,26	7.439.387,72

2.4 Sonstige Sonderposten

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Sonstige Sonderposten	26.826.916,85	27.286.751,93

3. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
Pensionsrückstellungen	1.133.210.767,32	1.107.557.288,88
Instandhaltungsrückstellungen	13.071.032,90	10.464.470,57
Steuerrückstellungen	18.195.955,19	12.745.269,12
Sonstige Rückstellungen	412.775.181,98	406.435.740,35
	1.577.252.937,39	1.537.202.768,92

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zum Teilwert. In den Vorschriften zum NKF ist ein Rechnungszinssatz von 5% vorgegeben.

Instandhaltungsrückstellungen

Während nach den Vorschriften des HGB der Zeitraum für die Berücksichtigung von Maßnahmen auf 3 Monate begrenzt ist, können im NKF alle Maßnahmen berücksichtigt werden, die im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung hinreichend konkret beabsichtigt sind.

Steuerrückstellungen

Hierzu gehören alle Rückstellungen für Steuerschulden der Gemeinde und der vABs (nicht nur Ertragsteuern), soweit sie nicht der Höhe und dem Grunde nach feststehen und daher als Verbindlichkeiten auszuweisen sind. Ungewissheit besteht bis zur Festsetzung der Steuer. Dabei ist auch das erkennbare Risiko für Steuernachzahlungen zu berücksichtigen.

Die sonstigen Rückstellungen bestehen im Wesentlichen aus Verpflichtungen im Personalbereich, Rückstellungen für ausstehende Rechnungen sowie andere ungewisse Verbindlichkeiten.

4. Verbindlichkeiten

Es wird auf den beiliegenden Verbindlichkeitspiegel verwiesen.

5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten weist Einnahmen vor dem Bilanzstichtag aus, die Erträge nach dem Stichtag darstellen.

Überblick über die Ertragslage des Konzerns

Gesamtergebnisrechnung Stadt Duisburg	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Summe ordentliche Erträge	3.188.846.799,37	3.254.267.238,20
Summe ordentliche Aufwendungen	3.064.390.730,74	3.147.509.052,21
Ordentliches Gesamtergebnis	124.456.068,63	106.758.185,99
Summe Gesamtfinanzergebnis	-51.028.936,81	-50.852.808,42
Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	73.427.131,82	55.905.377,57
Summe außerordentliches Gesamtergebnis	0,00	0,00
Gesamtjahresergebnis	73.427.131,82	55.905.377,57
Jahresergebnis Anteil Fremder * ¹	-4.536.203,54	-3.842.906,72
Ergebnisverwendung * ²	-22.367.674,53	-12.681.738,82
Gesamtbilanzergebnis	46.523.253,75	39.380.732,03

*¹ im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust

*² Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

Haftungsverhältnisse

Bürgschaften

Im Grundbuch von Rheinhausen ist eine Grundschild in Höhe von 500.000,00 EUR zu Gunsten der Stadt Duisburg zur Absicherung der Fortführung des Bertha-Krankenhauses gemäß Vertrag zwischen der Sana-Kliniken AG, der Klinikum Duisburg GmbH und der Stadt Duisburg vom 03.08.2007 eingetragen worden.

Darüber hinaus hat die Stadt Duisburg Ausfallbürgschaften für folgende Kreditnehmer übernommen:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR
Duisburg Kontor Hallenmanagement GmbH	0,00	0,00
Wohnungsgen. Rheinpreußensiedlung eG	523.746,74	547.656,80
	523.746,74	547.656,80

Sonstige Garantieerklärungen

Im Rahmen eines Finanzierungsgeschäftes (Forfaitierung) der GMVA hat die Stadt Duisburg eine Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung gegenüber der finanzierenden Bank abgegeben. Diese Verpflichtung ist auf die WBD-AöR übergegangen, wobei gleichzeitig festgelegt wurde, dass diese von der Stadt von jeglichen Zahlungsverpflichtungen bei einer Inanspruchnahme aus der Einwendungs- und Einredeverzichtserklärung freigestellt wird. Am 31.12.2017 betrug die Restforderung der Bank gegenüber der GMVA auf den die Stadt Duisburg betreffenden Anteil (unter Berücksichtigung von Ausgleichsregelungen) 27.010.835,97 EUR.

Finanzinstrumente

Zum 31.12.2017 bestehen bei der Stadt Duisburg selbst keine Finanzgeschäfte mit Kreditinstituten zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken außer der nachfolgend aufgeführten:

DVV-Konzern

Die DVV weist mit Stand 31.12.2017 keine Absicherungsgeschäfte aus. Die Tochtergesellschaften SWDU und DU-IT haben, entsprechend ihrer operativen Tätigkeit, für die Mehrheit der variablen Grundgeschäfte Derivate im Portfolio.

Für die Stadtwerke Duisburg AG wurden Marktpreisrisiken und damit verbunden Zahlungsstromänderungsrisiken in der Rohstoffbeschaffung, in der Beschaffung von Emissionsrechten, in Fremdwährungen sowie im Zinsbereich identifiziert. Vor dem Hintergrund der volatilen Finanzmärkte sind Maßnahmen erforderlich, um die Planungssituation absichern zu können.

Im Rahmen des Zinsmanagements werden die aus variabel verzinsten Darlehen entstehenden Zinsänderungsrisiken für einen wesentlichen Teil des Gesamtportfolios durch den Abschluss von Zinsswaps begrenzt. Im Geschäftsjahr 2017 erfolgte weder bei der DVV noch bei den Tochtergesellschaften ein Abschluss von Zinssicherungsgeschäften.

Ein geringer Anteil der variablen Darlehen ist nicht abgesichert, womit das Ziel verfolgt wird, weiterhin vom niedrigen Zinsniveau partizipieren zu können. Kurzfristig ist nicht davon auszugehen, dass sich das niedrige Zinsniveau deutlich erhöht. Im Langfristbereich sind mittlerweile jedoch Tendenzen zu höheren Zinssätzen wahrzunehmen.

Zum 31. Dezember 2017 beträgt das Volumen der variablen Grundgeschäfte für die DVV 16,5 Mio. EUR.

Gesamtkapitalflussrechnung

Die Gesamtkapitalflussrechnung soll ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Gesamtfinanzlage des Konzerns Stadt Duisburg vermitteln. Neben den Finanzierungsquellen - unterteilt in Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit - wird ebenso die Veränderung der liquiden Mittel dargestellt.

Die Gesamtkapitalflussrechnung wurde unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) aufgestellt. Für die Bereiche Investitions- und Finanzierungstätigkeit wurde die direkte Methode (Erfassung der entsprechenden Ein- und Auszahlungen) angewendet. Für den Bereich der laufenden Geschäftstätigkeit wurde die indirekte Methode (abgeleitet aus dem Gesamtjahresergebnis zu- bzw. abzüglich zahlungsunwirksamer Vorgänge) gewählt.

		Ergebnis 2017
		in T.Euro
1	Gesamtergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit vor außerordentlichen Posten	73.427
2 +/-	Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	261.560
3 +/-	Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	38.548
4 +/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-127.664
5 +/-	Verlust / Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0
6 +/-	Abnahme / Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	40.790
7 +/-	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-11.495
8 +/-	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0
9 =	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	275.165
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	21.399
11 -	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-139.200
12 +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	6.821
13 -	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-157.173
14 +	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	31.274
15 -	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-79.100
16 +/-	Einzahlungen/Auszahlungen aus dem Verkauf/Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0
17 +/-	Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0
18 +	Einzahlungen aus investiven Zuwendungen und Beiträgen (Einzahlungen in Sonderposten)	92.994
19 -	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	-115
20 =	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-223.100
21	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Anteile)	25.116
22 -	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Dividenden, Eigenkapitalrückzahlungen, andere Ausschüttungen)	0
23 +	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	1.394.958
24 -	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-1.478.647
25 =	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-58.573
26	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	275.165
27 +/-	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-223.100
28 +/-	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-58.573
29 =	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-6.507
30 +/-	Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0
31 +	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	173.469
32 =	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	166.962

Im Konzern Stadt Duisburg übersteigen die operativen Einzahlungen die laufenden Auszahlungen, so dass der Saldo aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit 275,2 Mio. EUR positiv ausfällt. Der negative Saldo aus Investitionstätigkeit von 223,1 Mio. EUR ergibt sich insbesondere durch Investitionen in das Anlagevermögen im Konzern Stadt Duisburg. Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. rd. -58,6 Mio. EUR wird maßgeblich durch die Aufnahme von Liquiditäts-Krediten und Auszahlungen zur Tilgung von Kredite geprägt. Unter Berücksichtigung des Finanzmittelbestands zu Periodenbeginn i.H.v. 173,5 Mio. EUR ergibt sich per Saldo ein Finanzmittelbestand zum 31.12.2017 i.H.v. 167 Mio. EUR.

Zwischen dem Finanzmittelfonds am Ende der Periode (167 Mio. EUR) und den in der Bilanz ausgewiesenen Liquiden Mittel zum 31.12.2017 (162,5 Mio. EUR) besteht buchungsbedingt eine Differenz in Höhe von 4,4 Mio. EUR. Diese bleibt als unwesentlich bestehen, da sie die Aussage der Gesamtkapitalflussrechnung nicht wesentlich verändert.

Sonstige Angaben

keine

Anlagenpiegel zum 31.12.2017									
Anlagevermögen			Anschaffungs- und Herstellungskosten			Abschreibungen			
	Stand	Stand	Zugänge	Um-	Abgänge	Zugänge	Um-	Abgänge	Zuschrei-
	31.12.2017	31.12.2016		buchungen			buchungen		bungen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände									
Geschäfts- oder Firmenwert	10.342	11.820	0	0	0	1.477	0	0	0
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	5.624	7.352	2.542	222	146	4.491	0	146	0
Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	353	171	183	0	0	0	0	0	0
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	16.320	19.342	2.724	222	146	5.969	0	146	0
Sachanlagen									
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	433.571	482.244	4.242	1.838	10.891	44.779	0	918	0
Bebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	1.823.187	1.829.200	43.327	21.736	18.101	53.404	49	478	0
Infrastrukturvermögen	3.377.614	3.441.102	28.571	38.433	5.340	126.651	997	2.497	0
Bauten auf fremdem Grund und Boden	998	1.343	70	0	0	414	0	0	0
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.353	89.765	354	0	767	0	0	0	0
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	126.718	112.637	59.480	14.662	6.000	58.046	677	4.651	-12
Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.956	118.459	9.235	-13.053	1.730	10.350	-1.724	1.671	0
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	234.653	141.179	159.785	-63.792	2.519	2.010	0	2.010	0
Summe Sachanlagen	6.192.051	6.215.928	305.064	-175	45.349	295.654	0	12.226	-12
Finanzanlagen									
Anteile an verbundenen Unternehmen	9.218	15.109	0	0	5.891	0	0	0	0
Beteiligungen	36.312	26.925	13.976	-10	5.581	253	0	1.254	0
Assoziierte Unternehmen	332.117	351.901	2.114	10	9	21.900	0	0	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	41.771	41.254	517	0	0	0	0	0	0
Ausleihungen	52.794	52.743	30.106	0	30.102	0	0	46	0
Sondervermögen	4.132	3.803	2.628	0	2.299	0	0	0	0
Summe Finanzanlagen	476.343	491.735	49.342	0	43.881	22.153	0	1.300	0
Summe Anlagevermögen	6.684.714	6.727.005	357.130	47	89.376	323.776	0	13.672	-12

Rückstellungsspiegel zum 31.12.2017							
	Periodenanfang	Inanspruchnahme	Auflösungen	Zuführungen	Umbuchungen	Konsolidierungs- maßnahmen	Periodenende
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Pensionsrückstellungen	1.107.557.288,88	37.116.614,83	-673.340,18	62.096.753,09			1.133.210.767,32
Instandhaltungsrückstellungen	10.464.470,57	4.108.772,07	712.217,52	7.427.551,92			13.071.032,90
Steuerrückstellungen	12.745.269,12	421.571,49	56.362,86	5.928.620,42			18.195.955,19
Sonstige Rückstellungen	407.938.344,46	164.920.155,47	22.053.078,20	191.810.071,19			412.775.181,98
Summe Rückstellungen	1.538.705.373,03	206.567.113,86	22.148.318,40	267.262.996,62	0,00	0,00	1.577.252.937,39

Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2017					
Art der Verbindlichkeiten	RLZ <1 Jahr EUR	RLZ >1 Jahr <= 5 Jahre EUR	RLZ > 5 Jahre EUR	Gesamt EUR	Vorjahr EUR
Anleihen					
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	224.704.631,31	467.568.922,72	1.353.498.361,74	2.045.771.915,77	2.075.733.237,19
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	954.442.431,70	362.042.656,63	226.497.110,38	1.542.982.198,71	1.655.964.912,26
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	267.841,63	1.413.533,30	22.566.338,33	24.247.713,26	29.154.127,27
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	80.990.501,29	456.188,41		81.446.689,70	93.272.380,91
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	15.673.699,79			15.673.699,79	8.711.320,12
Sonstige Verbindlichkeiten	91.376.779,52	734.358,22	6.627.064,43	98.738.202,17	99.612.829,23
Erhaltene Anzahlungen	119.514.082,61	818.138,95		120.332.221,56	99.379.822,44
Summe Verbindlichkeiten	1.486.969.967,85	833.033.798,23	1.609.188.874,88	3.929.192.640,96	4.061.828.629,42
Nachrichtlich:					
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:					
Patronatserklärungen					
Bürgschaften	523.746,74				547.656,80
Sonstige Garantieerklärungen	27.010.835,97				36.014.447,97

Gesamtabschluss 2017

für das Haushaltsjahr vom 01.01.2017 – 31.12.2017

Gesamtlagebericht



Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
A. Darstellungen der Rahmenbedingungen und der verselbstständigten Aufgabenbereiche	3
a) Rahmenbedingungen	3
b) Geschäftsverlauf im Konzern Stadt Duisburg	5
I. Aufgabenfelder	5
II. Vorgänge von besonderer Bedeutung	7
B. Ertragslage (Ergebnisrechnung)	9
C. Vermögens-, Schulden- und Finanzlage (Bilanz)	13
D. Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht	17
a) Entwicklung des Eigenkapitals im Konzern Stadt Duisburg	17
b) Entwicklung der Verschuldung der Stadt Duisburg (Einzelabschluss)	18
c) Weitere Risiken	19
E. Ausblick und Prognose	22
F. Kennzahlen	25
a) Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation	25
b) Kennzahlen zur Vermögenslage	26
Anlage	29

Vorbemerkung

Gemäß § 116 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 49 Abs. 2 GemHVO NRW ist der aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang bestehende Gesamtabschluss um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Die nachfolgenden Ausführungen geben einen Überblick über den Geschäftsablauf mit den wichtigsten Ergebnissen des Gesamtabchlusses und der Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen. Sie erläutern das durch den Gesamtabschluss vermittelte Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Duisburg einschließlich der verselbstständigten Aufgabenbereiche. Darüber hinaus enthält der Gesamtlagebericht eine Zusammenfassung der relevanten Analysekenntzahlen. Auf Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung wird eingegangen.

Auf die Angabe der Organe und Mitgliedschaften des Verwaltungsvorstandes sowie der Ratsmitglieder gem. § 95 Abs. 2 GO NW wird verzichtet, da die Informationen bereits im Einzellagebericht der Kernverwaltung dargestellt werden, auf den hiermit verwiesen wird.

A. Darstellungen der Rahmenbedingungen und der verselbstständigten Aufgabenbereiche

a) Rahmenbedingungen

Zum Jahresende 2017 blieb die **globale** Konjunktur lebhaft. Im Schlussquartal des letzten Jahres verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern nach dem hohen Tempo des Sommerhalbjahres nur wenig.¹ Nachdem die Weltwirtschaft in 2017 um 3,8% gewachsen ist, wird das Wachstum für die Folgejahre 2018 und 2019 vom IWF auf 3,9% geschätzt.²

Das Wirtschaftswachstum in den **Vereinigten Staaten** ist moderat gestiegen. So legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 4. Quartal 2017 auf das Jahr hochgerechnet um 2,9% zu, nach einer Zunahme von 3,2% im 3. Quartal 2017. Im Gesamtjahr 2017 wuchs die US-Wirtschaft um 2,3% (2016: 1,5%).³ Das robuste Wachstum wurde im Wesentlichen von den privaten Konsumausgaben und dem Außenhandel getragen. Mit einer Steigerung der Zahl der Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft um 148.000 im Dezember, liegt die Arbeitslosenquote unverändert bei 4,1 %. Das jährliche Lohnwachstum ist verzeichnete im Dezember eine leichte Zunahme auf 2,5%. In den Entwicklungs- und Schwellenländern hat sich das Wirtschaftswachstum gefestigt. In China expandierte das reale BIP mit einer im internationalen Vergleich hohen Rate (+6,9% in 2017). Die Belebung der chinesischen Warenexporte infolge der Festigung der Weltkonjunktur war hierfür ein wesentlicher Faktor.⁴

1 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Februar 2018

2 Internationaler Währungsfonds, Konjunkturaussicht 2018

3 Bureau of Economic Analysis: GROSS DOMESTIC PRODUCT: FOURTH QUARTER AND ANNUAL 2016 (SECOND ESTIMATE),

https://bea.gov/newsreleases/national/gdp/2017/pdf/gdp4q16_2nd.pdf

4 Europäische Zentralbank: Wirtschaftsbericht 1/2018

Auch das reale BIP im **Euro-Raum** stieg weiter an. So konnte im vierten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahresquartal ein Zuwachs von 0,6% verzeichnet werden.⁵ Der öffentliche Schuldenstand hingegen sank von 89,0% (Ende 2016) auf 86,7% (Ende 2017) des BIP.⁶

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich noch weiter entspannt. Während die saisonbereinigte Arbeitslosenquote Ende 2016 noch bei 9,7% lag, sank sie im Dezember 2017 weiter auf seit Januar 2009 niedrigste im Euro-Raum verzeichnete Quote von 8,7%. Dabei ergeben sich bei der Verteilung der Arbeitslosenzahlen deutliche Divergenzen innerhalb des Euro-Raumes. So verzeichneten die Tschechische Republik (2,3%), Malta und Deutschland (je 3,6%) im Dezember 2017 die niedrigste harmonisierte Arbeitslosenquote, während Griechenland (20,7% im Oktober 2017) und Spanien (16,4%) die höchsten Quoten registrierten. Über ein Jahr betrachtet fiel die Arbeitslosenquote im Dezember 2017 in allen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Finnland, wo sie unverändert blieb.⁷

Auch in Deutschland war die konjunkturelle Lage im Jahr 2017 gekennzeichnet durch solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das reale BIP war im Jahresdurchschnitt 2017 um 2,2% höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung war die inländische Verwendung. So waren die privaten Konsumausgaben um 2,0% höher als im Vorjahr. Mit einem Plus von 1,4% stiegen die staatlichen Konsumausgaben hingegen unterdurchschnittlich. Auch die Bruttoanlageinvestitionen legten im Vorjahresvergleich um 3,0% zu. Die Bauinvestitionen stiegen dabei um 2,6% und in Ausrüstungen – das sind vor allem Maschinen und Geräte, sowie Fahrzeuge – wurde preisbereinigt 3,5% mehr investiert als im Vorjahr. Mit einem Zuwachs der preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen von 4,7% konnten auch die deutschen Ausfuhren im Jahresdurchschnitt weiter zulegen.⁸

Von dieser dynamischen Entwicklung profitiert der deutsche Arbeitsmarkt – es ist eine gesteigerte Arbeitskräftenachfrage wahrzunehmen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern steigen auf hohem Niveau weiter kräftig an. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben erneut deutlich abgenommen, obwohl sich mehr geflüchtete Menschen in Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung befinden. Die Erwerbstätigkeit hat im Jahresdurchschnitt um 638.000 oder 1,5% auf 44,28 Mio. zugenommen, nach +569.000 oder +1,3% im Jahr 2016. Insgesamt reduzierte sich die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen im Jahr 2017 um 0,5 Prozentpunkte auf 5,3%, verglichen mit der Quote des Vorjahres.⁹

In **Nordrhein-Westfalen** lag das BIP mit 692,0 Mrd. Euro um 1,7% über dem des Jahres 2016. Die wirtschaftliche Entwicklung im nordrheinwestfälischen Dienstleistungssektor lag dabei um 2,0% über dem Ergebnis des Jahres 2016, während das Wirtschaftswachstum im produzierenden Gewerbe etwas geringer ausfiel (+1,4%). Der bundesweite Durchschnitt konnte in beiden Bereichen nicht erreicht werden, er

5 Eurostat: Pressemitteilung 37/2018 - 7. März 2018, BIP-Schätzung

6 Eurostat: Pressemitteilung 70/2018 - 24. April 2018, Öffentlicher Schuldenstand im Euro-Raum

7 Eurostat: Pressemitteilung 22/2018 - 31. Januar 2018, Arbeitslosenquote im Euro-Raum

8 Statistisches Bundesamt; Pressemitteilung Nr. 011 vom 11.01.2018

9 Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland - Monatsbericht Dezember und Jahr 2017

belief sich auf +2,2% bei den Dienstleistungen, bzw. +2,6% im produzierenden Gewerbe.¹⁰

Die gute Stimmung im Land zeigt sich nahezu unverändert und gilt dementsprechend auch für die konjunkturellen Aussichten in der Region. So steht der Konjunkturklimaindex der Niederrheinischen IHK entsprechend des konstanten Stimmungsbildes im Herbst 2017 bei 124 Punkten (Frühsommerumfrage 2017: 120) und damit weiter über dem langjährigen Durchschnitt von 112 Punkten.¹¹

In **Duisburg** sank die Arbeitslosenquote im Dezember 2017 verglichen mit dem Vorjahreswert um 0,9 Prozentpunkte von 12,6% auf 11,7%. Die darin enthaltene SGB II-Arbeitslosenquote hat sich auf 9,6% verringert. Insgesamt beläuft sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen damit auf 29.415 Personen.¹² Besonders hervorzuheben ist der Duisburger Binnenhafen, welcher in 2017 mit einem Gesamtgüterumschlag von 130,6 Mio. Tonnen volumemäßig fast gleichauf lag mit dem Deutschland-Spitzenreiter Hamburg.¹³ Auch das Gewerbesteueraufkommen spiegelt ein solides Wachstum wieder, das Gewerbesteueraufkommen in Duisburg ist im Jahr 2017 um 10,5 Mio. EUR auf 217 Mio. EUR (+5,05%) gestiegen.

b) Geschäftsverlauf im Konzern Stadt Duisburg

I. Aufgabenfelder

Die Geschäftstätigkeit des „Konzerns Stadt Duisburg“ umfasst pflichtige und freiwillige Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung, die durch die Kernverwaltung und die in den Gesamtabschluss einbezogenen Einrichtungen und Beteiligungen erbracht werden. Dieser Konsolidierungskreis wird regelmäßig überprüft. Ihm gehören in 2017 - wie schon in den Vorjahren - neben der Kernverwaltung, die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Immobilien Management Duisburg und DuisburgSport sowie die nachfolgend genannte Beteiligungen des öffentlichen und privaten Rechts an.

Die vAB werden im Folgenden in der Reihenfolge des Beteiligungsberichtes aufgeführt, die Gliederung orientiert sich also an den Sparten. Zu einer detaillierteren Beschreibung der einzelnen vAB wird auf den Gesamtanhang 2017 verwiesen. Weitere Informationen zu allen Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht zu finden.

Versorgung, Entsorgung und Verkehr

- Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) mit Stadtwerke Duisburg AG (SWDU) und Duisburger Verkehrsgesellschaft AG (DVG)
 - Der DVV-Konzern stellt als Teilkonzern mit seinen Tochtergesellschaften die größte beherrschte Beteiligung der Stadt Duisburg dar. Sie ist zuständig für die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme sowie die Erfüllung von Verkehrsaufgaben jeder Art, insbesondere des öffentlichen Nahverkehrs.

¹⁰ IT.NRW: Pressemitteilung 088/2018

¹¹ IHK-Konjunkturreport Herbst 2017

¹² Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktreport für Duisburg - Dezember 2017, <http://www.statistik.arbeitsagentur.de/>

¹³ Duisport Pressemitteilung vom 28.03.2018

- Duisburger Hafen AG (duisport) – Konzern
 - Die Stadt Duisburg hat durch ihre 33,33%ige Beteiligung einen maßgeblichen Einfluss und bezieht den Konzern daher als assoziiertes Unternehmen mit in den Gesamtabschluss ein. Das Unternehmen betreibt die Häfen einschließlich aller Nebenanlagen und Bahnanlagen. Duisburg hat den größten Binnenhafen Europas.
- Wirtschaftsbetriebe Duisburg – Anstalt öffentlichen Rechts (WBD)
 - Die Stadt Duisburg ist alleinige Trägerin der Anstalt, welche für die Kommune sämtliche Aufgaben in den Bereichen Abfallwirtschaft, Stadtentwässerung, Stadtreinigung und Winterdienst, Unterhaltung der Grünflächen, Betrieb der Friedhöfe, Pflege der gesamten städtischen Infrastruktur, Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz wahrnimmt.

Stadtmarketing, Kultur und Freizeit

- Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum - Zentrum internationaler Skulptur – (WLM)
 - Die Stiftung wird aufgrund ihrer Wichtigkeit in Bezug auf Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler in den Gesamtabschluss einbezogen.

Immobilien

- Duisburger Baugesellschaft mbH (GEBAG)
 - Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie nimmt in allen Bereichen des Immobilienmanagements Aufgaben wahr. Schwerpunkte sind die Immobilienentwicklung, Stadtentwicklung, Mitwirkung bei der Verbesserung der Infrastruktur und der Wirtschaftsförderung.
- Immobilien Management Duisburg (IMD)
 - Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung hat die Aufgabe, Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Gebäude sowie sonstige Bauwerke für die Zwecke der Stadt Duisburg nach kaufmännischen Grundsätzen zu erwerben, anzumieten, zu pachten, zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu verwerten sowie Bauvorhaben zu realisieren. Die Ziele der Stadt im Hinblick auf die Stadtentwicklung und die Wirtschaftsförderung sind dabei zu beachten. Dem IMD wurde zum 01.01.2003 bzw. 01.01.2004 in zwei Schritten das wesentliche Immobilienvermögen der Stadt Duisburg übertragen.

Gesundheit, Sport, Arbeit und Soziales

- DuisburgSport (DuSport)
 - Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist als Sondervermögen der Stadt für sämtliche Belange des Sportbereichs zuständig und pflegt die Sportstätten der Stadt Duisburg. Ihr wurde das Sportstättenvermögen der Stadt teilweise übertragen.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Der Haushalt der Stadt Duisburg war vor Einführung des Stärkungspaktgesetzes letztmalig im Jahr 1992 ausgeglichen. Das Defizit im Verwaltungshaushalt bzw. nach der Umstellung auf das „Neue kommunale Finanzmanagement (NKF)“ im Jahr 2008 im Ergebnishaushalt stieg kontinuierlich an. Dieser Verlauf konnte mit dem Jahresabschluss 2015 aufgehalten und umgekehrt werden. Seit nunmehr 3 Jahren kann unter Einbeziehung der Stärkungspakthilfe ein positives Jahresergebnis ausgewiesen werden.

Am 22.03.2010 hatte der Rat der Stadt Duisburg das Haushaltssicherungskonzept 2010 (HSK) mit einem Konsolidierungsvolumen von bis zu 162 Mio. EUR verabschiedet. Dieses musste im Rahmen der zweiten Fortschreibung zum Haushaltsjahr 2012 im Volumen auf rd. 159 Mio. EUR p.a. abgesenkt werden (davon rd. 140 Mio. EUR innerhalb des Finanzplanungszeitraums). Trotz intensiver Konsolidierungsbemühungen war die Stadt Duisburg weiterhin nicht in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt innerhalb des Finanzplanungszeitraums darzustellen. Somit unterlag die Stadt Duisburg in den letzten Jahren dauerhaft den Restriktionen des § 82 Gemeindeordnung NRW, wonach sie nur zur Leistung von Aufwendungen berechtigt war, zu deren Leistung sie rechtlich verpflichtet war oder die zur Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar waren.

Am 16.12.2011 wurde schließlich im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW das „Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen“ (Stärkungspaktgesetz) veröffentlicht. Demnach unterstützt das Land NRW ab dem Jahr 2011 die Haushaltskonsolidierung aller überschuldeten oder von Überschuldung bedrohten Gemeinden mit einer jährlichen Konsolidierungshilfe.

Mit einem „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ von 140,1 Mio. EUR zum Stichtag 31.12.2010 (31.12.2011 = 240,9 Mio. EUR) gehörte die Stadt Duisburg zum Kreis der bereits überschuldeten Kommunen und unterlag somit der pflichtigen Teilnahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen. Dabei beläuft sich die jährliche Konsolidierungshilfe auf rd. 52 Mio. EUR, die erste Rate wurde bereits im Dezember 2011 ausbezahlt.

Gem. § 6 Abs. 2 Stärkungspaktgesetz NRW ist die Stadt Duisburg verpflichtet, den Haushaltsausgleich spätestens im Jahr 2016 – dann noch unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe – zu erreichen. In den Folgejahren ist durch weitere Konsolidierungsbemühungen „ein degressiver Abbau der zum Haushaltsausgleich erforderlichen Konsolidierungshilfe vor(zu)sehen“. Spätestens ab dem Jahr 2021 muss der Haushaltsausgleich aus eigener Kraft und ohne Konsolidierungshilfe des Landes erreicht werden. In der Spitze weist der am 25.06.2012 vom Rat der Stadt Duisburg beschlossene und zuletzt im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2018 fortgeschriebene Haushaltssanierungsplan (HSP) ein Konsolidierungsvolumen von 284,2 Mio. EUR aus. Darin sind die im Jahr 2010 ff. beschlossenen Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts (HSK) mit enthalten.

Im festgestellten Jahresabschluss 2017 konnte die Stadt Duisburg, so wie in den Vorjahren, ein positives Jahresergebnis (rd. 15,0 Mio. EUR) verbuchen und somit den vom Landesgesetzgeber geforderten Haushaltsausgleich abermals erreichen. Gemäß aktueller Haushaltsplanung für das Jahr 2018, die einen Jahresüberschuss

von rd. 5,6 Mio. EUR ausweist, wird die Stadt Duisburg das Konsolidierungsziel weiterhin erfolgreich verfolgen. Trotz der sukzessiv wegfallenden Konsolidierungshilfe soll sich der Jahresüberschuss im Jahr 2021 (erstes Jahr ohne Konsolidierungshilfe) auf rd. 2,2 Mio. EUR belaufen.

Damit würde die Stadt Duisburg in die Lage versetzt, die in den vergangenen Jahren eingetretene Überschuldung Schritt für Schritt abzutragen und perspektivisch zu einer generationengerechten Haushaltsführung zurückzukehren. Bei einem negativen Eigenkapital von voraussichtlich rd. 339,2 Mio. EUR im Jahr 2021 wird deutlich, dass auch über den HSP-Zeitraum hinaus sparsames Wirtschaften und konsequente Konsolidierung notwendig sein werden. Die Belastung durch die Liquiditätskredite und der Abbau selbiger erfordern auch weiterhin die Einhaltung vorgenannter Haushaltsdisziplin.

Anzumerken ist an dieser Stelle allerdings auch, dass die Realisierung der im Eckwertepapier dargestellten Entwicklungen nicht allein in der Hand der Stadt Duisburg liegt. Auf der Ertragsseite können die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) nur aufgrund der jeweils aktuellen Steuerschätzungen und Orientierungswerte berechnet werden. Auch die Gewerbesteuer eignet sich aufgrund ihrer volatilen Entwicklung kaum für eine verlässliche Prognose. Sollte es aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung zu Steuerausfällen kommen, wäre die Stadt Duisburg – und somit auch der Haushaltssanierungsplan – davon in erheblichem Maße betroffen.

Entsprechendes gilt auch für die mit Abstand größte Ertragsposition, die Schlüsselzuweisungen. Verringert sich auf Landesebene der Steuerertrag, der zur Berechnung der auf die Kommunen zu verteilenden Masse (Schlüsselmasse) entfällt, hat dies direkt Auswirkungen auf die Empfängerkommunen. Gleiches gilt, wenn sich die Steuerkraft der Kommunen untereinander erheblich verschieben sollte. In der Folge würden dann Kommunen mit überdurchschnittlich stark sinkender Steuerkraft erheblich mehr Zuweisungen – zu Lasten der anderen Empfängerkommunen – erhalten. Insbesondere dieser Tatbestand lässt sich mangels Kenntnis der realen Entwicklungen in der Zukunft nicht in der Prognose abbilden.

Auch die Umsetzung der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen kann, bei aller Sorgfalt der Planung, nicht in allen Fällen als gesichert angesehen werden. Neben den im erheblichen Umfang geplanten Personaleinsparungen, die nur durch konsequente Aufgabenkritik realisiert werden können, drohen insbesondere auch aus dem Bereich der städtischen Beteiligungen Risiken für den Haushaltssanierungsplan.

B. Ertragslage (Ergebnisrechnung)

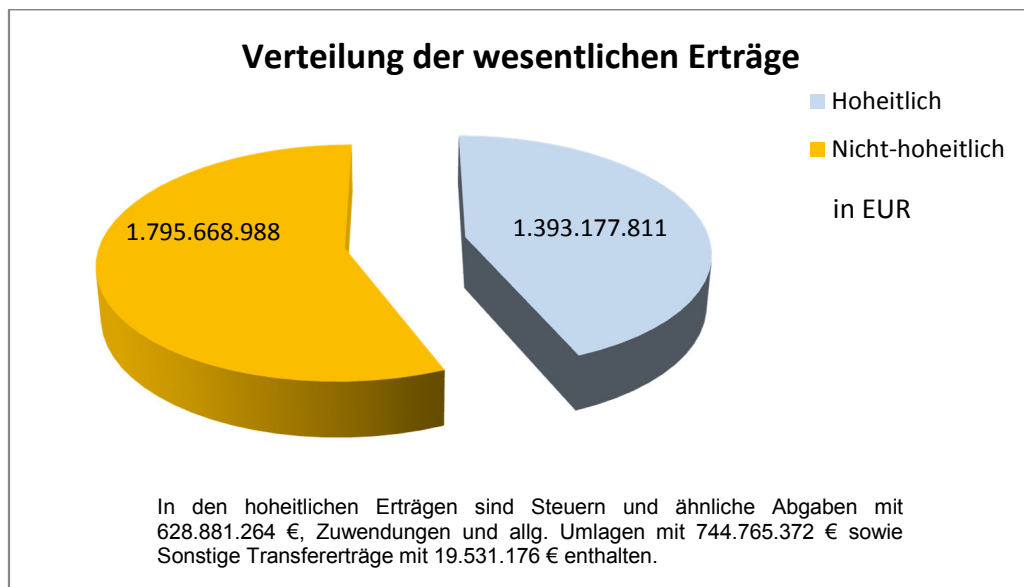
Gesamtergebnisrechnung Stadt Duisburg	Ergebnis 2017 EUR	%	Ergebnis 2016 EUR	%
Ordentliche Erträge				
Steuern und ähnliche Abgaben*	628.881.263,46	19,72	592.659.524,91	18,21
Zuwendungen und allgemeine Umlagen*	744.765.371,86	23,36	704.883.363,43	21,66
Sonstige Transfererträge*	19.531.175,64	0,61	18.961.029,76	0,58
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	225.191.530,78	7,06	227.967.371,73	7,01
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.193.667.146,24	37,43	1.318.354.443,40	40,51
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	196.901.157,29	6,17	200.236.613,47	6,15
Sonstige ordentliche Erträge	140.590.191,87	4,41	167.608.111,14	5,15
Aktivierte Eigenleistungen	35.468.215,27	1,11	23.596.780,36	0,73
Bestandsveränderungen	3.850.746,96	0,12	0,00	0,00
Summe ordentliche Erträge	3.188.846.799,37	100,00	3.254.267.238,20	100,00
Ordentliche Aufwendungen				
Personalaufwendungen	659.992.299,84	21,54	648.786.649,55	20,61
Versorgungsaufwendungen	69.309.250,91	2,26	61.756.940,29	1,96
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.261.150.658,94	41,16	1.428.290.502,22	45,38
Bilanzielle Abschreibungen	264.631.734,59	8,64	235.752.119,94	7,49
Transferaufwendungen	629.125.781,59	20,53	599.307.848,93	19,04
Sonstige ordentliche Aufwendungen				
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.840.890,24		10.825.008,44	
Sonstige Steuern	3.279.226,94		2.229.648,88	
Übrige sonstige ordentliche Aufwendungen	168.060.887,69		160.560.333,96	
Summe sonstige ordentliche Aufwendungen	180.181.004,87	5,88	173.614.991,28	5,52
Summe ordentliche Aufwendungen	3.064.390.730,74	100,00	3.147.509.052,21	100,00
Ordentliches Gesamtergebnis	124.456.068,63		106.758.185,99	
Gesamtfinanzergebnis				
Erträge aus Beteiligungsverhältnissen	8.726.855,53		12.745.578,73	
Anteil am Ergebnis v. assoziierten Unternehmen	2.031.592,20		2.034.408,30	
Zinsen und ähnliche Erträge	1.981.963,62		4.219.037,02	
Aufwendungen aus Gewinnabführungsverträgen	187.541,46		152.968,78	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	63.581.806,70		69.698.863,69	
Summe Gesamtfinanzergebnis	-51.028.936,81		-50.852.808,42	
Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit	73.427.131,82		55.905.377,57	
Außerordentliches Gesamtergebnis				
Außerordentliche Erträge	0,00		0,00	
Außerordentliche Aufwendungen	0,00		0,00	
Summe außerordentliches Gesamtergebnis	0,00		0,00	
Gesamtjahresergebnis	73.427.131,82		55.905.377,57	
Jahresergebnis Anteil Fremder * ¹	-4.536.203,54		-3.842.906,72	
Ergebnisverwendung * ²	-22.367.674,53		-12.681.738,82	
Gesamtbilanzergebnis	46.523.253,75		39.380.732,03	

* hoheitliche Erträge

*¹ im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust*² Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

Den ordentlichen Erträgen in Höhe von 3.188.847 TEUR stehen ordentliche Aufwendungen von 3.064.391 TEUR gegenüber, so dass sich erneut ein positives **Ordentliches Ergebnis von 124.456 TEUR** ausweisen lässt.

Die **Erträge** mit privatrechtlichem Charakter (56%) übersteigen wie im Vorjahr deutlich die Erträge, die dem hoheitlichen Bereich (44%) zuzurechnen sind. Hier spiegeln sich die hohe Ertragskraft der Beteiligungen, aber auch die relativ geringen Steuererträge wider.



Im Vergleich zu 2016 sinken die Erträge aus öffentlich rechtlichen Leistungsentgelten (um 2.776 TEUR, -1,22%) ebenso wie die Kostenerstattungen und Kostenumlagen (um 3.335 TEUR, -1,67%) und die Sonstigen Ordentlichen Erträge (um 27.018 TEUR, -16,12%). Die privatwirtschaftlichen Leistungsentgelte, als größter Posten des nicht-hoheitlichen Bereichs, reduzieren sich um 124.687 TEUR (-9,46%).

Steigerungen ergeben sich hingegen bei den Zuwendungen und Umlagen (um 39.882 TEUR; +5,66%), den sonstigen Transfererträgen (um 570 TEUR; +3,01%) sowie den Steuern und ähnlichen Abgaben (um 36.222 TEUR; +6,11%).

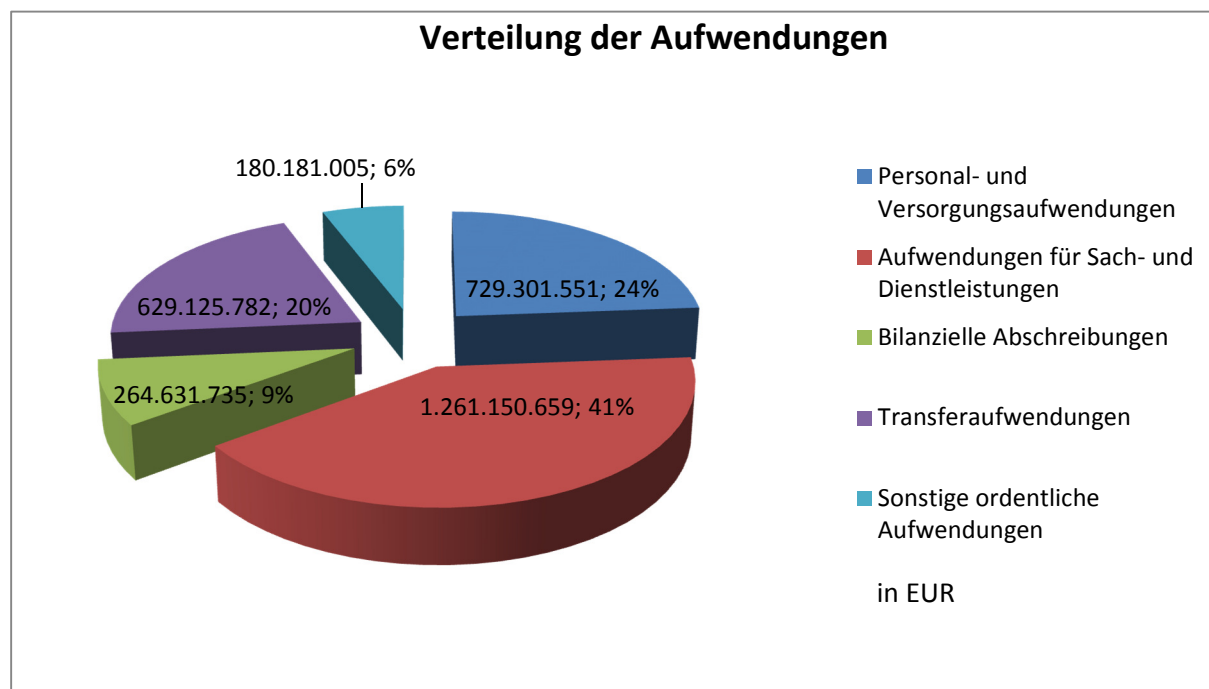
Die hoheitlichen Erträge fallen somit insgesamt 76.674 TEUR höher aus, die nicht-hoheitlichen Erträge sinken um 142.094 TEUR im Vergleich zu den Vorjahreswerten.

Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen spielen in der Gesamtergebnisrechnung keine wesentliche Rolle.

Im **Aufwandsbereich** bilden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen die größte Position (41%), die im Vergleich zum Vorjahr wieder gesunken ist (um 167.140 TEUR, -11,7%). Erst nach dieser Aufwandsart folgen die Personalaufwendungen, die einschl. Versorgungsaufwendungen 24% der ordentlichen Aufwendungen ausmachen und die Transferaufwendungen mit 21%.

Die Versorgungsaufwendungen sind hierbei verhältnismäßig stärker gestiegen (um 7.552 TEUR; +12,23%), als die Personalaufwendungen (um 11.206 TEUR; +1,73%). Diese Diskrepanz basiert u.a. auf neuen Gesetzgebungen (z.B. Abwicklungen im

Rahmen von Dienstherrnwechsel). Ebenfalls gestiegen sind die Transferaufwendungen (um 29.818 TEUR; 4,98%).



Das **Finanzergebnis** (-51.029 TEUR) hat sich gegenüber 2016 (-50.853 TEUR) nur unwesentlich verschlechtert. Zum einen gab es eine Verbesserung bei der Aufwandsposition „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ (-6.117 TEUR) aber auch Ertragsverschlechterungen bei den „Erträgen aus Beteiligungsverhältnissen“ (-4.019 TEUR) und den „Zinsen und ähnlichen Erträgen“ (-2.237 TEUR).

Es ergibt sich insgesamt ein positives **Gesamtjahresergebnis** für 2017 in Höhe von **73.427 TEUR**, das sich auf die Kernverwaltung und die vAB nach Konsolidierung wie folgt verteilt:

Bereich	Anteil am Gesamtergebnis	
	2017	2016
Kernverwaltung	10.381.788,38	-23.580.243,51
Immobilien Management Duisburg	12.976.630,58	21.078.438,34
DuisburgSport	-284.928,51	306.630,63
DVV - Konzern	24.548.092,08	40.523.366,72
WBD AöR	14.141.699,16	8.533.497,69
GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH	8.527.359,84	5.915.772,96
Duisburger Hafen AG - duisport	3.125.867,20	3.128.683,30
Klinikum Duisburg GmbH		
Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum	10.623,09	-768,56
Summe	73.427.131,82	55.905.377,57

Das Jahresergebnis der Kernverwaltung hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert und stellt sich nunmehr positiv dar (+10.382 TEUR). Wesentliche positive Jahresergebnisse erzielten auch die WBD AöR sowie die GEBAG. Das Ergebnis des DVV-Konzerns ist gegenüber dem Vorjahr zwar rückläufig, stellt jedoch nach Konso-

lidierung immer noch den höchsten Jahresüberschuss dar. Das Ergebnis des IMD ist ebenfalls rückläufig, insgesamt hat sich dennoch, insbesondere aufgrund der Entwicklung der Kernverwaltung, das Gesamtjahresergebnis positiv entwickelt.

Dem Gesamtjahresergebnis sind der Ergebnisanteil Fremder*¹ sowie die Ergebnisverwendung*² zuzurechnen, so dass sich ein **Gesamtbilanzergebnis** von 46.523 TEUR ergibt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung von 7.142 TEUR.

*¹ im Jahresergebnis enthaltener, anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn oder der auf sie entfallende Verlust

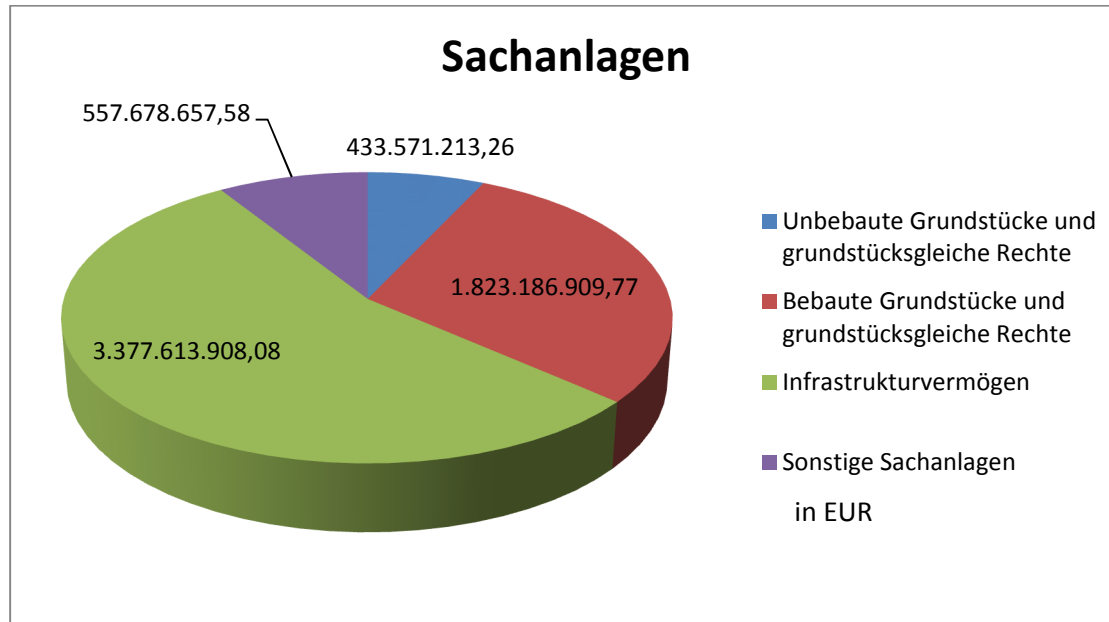
*² Entnahmen/Zuführungen Allgemeine Rücklage

C. Vermögens-, Schulden- und Finanzlage (Bilanz)

Gesamtbilanz Stadt Duisburg		Stand 31.12.2017 EUR	%	Stand 31.12.2016 EUR	%
A K T I V A					
1	Anlagevermögen				
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1	Geschäfts- oder Firmenwert	10.342.139,64	0,14	11.819.588,16	0,15
1.1.2	Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	5.624.228,49	0,07	7.351.780,54	0,10
1.1.3	Anzahlungen auf immat. Vermögensgegenstände	353.249,52	0,00	170.690,99	0,00
	Summe immaterielle Vermögensgegenstände	16.319.617,65	0,22	19.342.059,69	0,25
1.2	Sachanlagen				
1.2.1	Unbeb. Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	433.571.213,26	5,73	482.244.044,31	6,25
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgl. Rechte	1.823.186.909,77	24,10	1.829.199.878,09	23,70
1.2.3	Infrastrukturvermögen	3.377.613.908,08	44,65	3.441.101.842,07	44,58
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	998.416,69	0,01	1.342.677,35	0,02
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.352.510,07	1,18	89.765.087,89	1,16
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	126.718.136,60	1,68	112.636.639,41	1,46
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.956.443,35	1,40	118.458.906,50	1,53
1.2.8	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	234.653.150,87	3,10	141.178.721,92	1,83
	Summe Sachanlagen	6.192.050.688,69	81,85	6.215.927.797,54	80,53
1.3	Finanzanlagen				
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	9.218.236,63	0,12	15.108.964,53	0,20
1.3.2	Beteiligungen	36.311.501,14	0,48	26.925.065,55	0,35
1.3.3	Assoziierte Unternehmen	332.116.566,52	4,39	351.900.635,03	4,56
1.3.4	- davon Unterschiedsbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	41.770.884,90	0,55	41.253.801,36	0,53
1.3.6	Ausleihungen	52.794.354,84	0,70	52.743.498,04	0,68
1.3.7	Sondervermögen	4.131.787,85	0,05	3.802.945,05	0,05
	Summe Finanzanlagen	476.343.331,88	6,30	491.734.909,56	6,37
	Summe Anlagevermögen	6.684.713.638,22	88,37	6.727.004.766,79	87,15
2	Umlaufvermögen				
2.1	Vorräte	58.023.514,63	0,77	53.230.882,98	0,69
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen u. Forderungen aus Transferleistung	111.431.858,76	1,47	94.430.053,83	1,22
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	110.259.502,23	1,46	172.108.759,79	2,23
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	74.294.847,60	0,98	78.598.591,49	1,02
	Summe Forderungen u. son. Verm.gegenstände	295.986.208,59	3,91	345.137.405,11	4,47
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	254.330,61	0,00	254.330,61	0,00
2.4	Liquide Mittel	162.541.721,24	2,15	173.469.446,18	2,25
	Summe Umlaufvermögen	516.805.775,07	6,83	572.092.064,88	7,41
3	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	70.907.183,71	0,94	67.338.460,98	0,87
4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	292.303.613,40	3,86	352.797.188,20	4,57
	Summe Aktiva	7.564.730.210,40	100,00	7.719.232.480,85	100,00

Die **Gesamtbilanzsumme** beträgt 7.564.730 TEUR, dies bedeutet einen Rückgang gegenüber 2016 von 154.502 TEUR.

Der überwiegende Teil der **Aktivseite** entfällt mit 81,85% auf die Sachanlagen, hier ist die größte Position das Infrastrukturvermögen, das mehr als die Hälfte des Sachanlagevermögens ausmacht. Weitere wesentliche Positionen sind die bebauten und die unbebauten Grundstücke.



Die Finanzanlagen sanken um 15.392 TEUR (-3,13%). Hauptursache dafür ist der Saldo aus der Abschreibung auf die Beteiligung an der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (-21.900 TEUR) und dem Erwerb von weiteren Anteilen an der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH (5% Geschäftsanteile) durch die DVV (+10.053 TEUR).

Die Forderungen sind um 49.151 TEUR gesunken. Dies resultiert seitens der DVV aus dem Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und seitens der WBD aus dem Rückgang der Forderungen gegen Beteiligungen, was im Wesentlichen aus dem Ausgleich der Rückerstattungsforderung gegenüber der GMVA folgt.

Gesamtbilanz Stadt Duisburg		Stand 31.12.2017 EUR	%	Stand 31.12.2016 EUR	%
P A S S I V A					
1 Eigenkapital					
1.1	Allgemeine Rücklage				
1.2	Sonderrücklagen	54.475.103,67	0,72	55.242.041,49	0,72
1.3	Ausgleichsrücklage				
1.4	Gewinn- und Verlustvortrag				
1.5	Gesamtbilanzergebnis				
1.6	- davon Gesamtjahresergebnis				
1.7	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	111.409.158,47	1,47	103.396.371,57	1,34
	Summe Eigenkapital	165.884.262,14	2,19	158.638.413,06	2,06
2 Sonderposten					
2.1	Sonderposten für Zuwendungen	1.607.858.139,03	21,25	1.671.203.401,60	21,65
2.2	Sonderposten für Beiträge	165.594.578,93	2,19	172.156.726,27	2,23
2.3	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	8.523.342,26	0,11	7.439.387,72	0,10
2.4	Sonstige Sonderposten	26.826.916,85	0,35	27.286.751,93	0,35
	Summe Sonderposten	1.808.802.977,07	23,91	1.878.086.267,52	24,33
3 Rückstellungen					
3.1	Pensionsrückstellungen	1.133.210.767,32	14,98	1.107.557.288,88	14,35
3.2	Instandhaltungsrückstellungen	13.071.032,90	0,17	10.464.470,57	0,14
3.3	Steuerrückstellungen	18.195.955,19	0,24	12.745.269,12	0,17
3.4	Sonstige Rückstellungen	412.775.181,98	5,46	406.435.740,35	5,27
	Summe Rückstellungen	1.577.252.937,39	20,85	1.537.202.768,92	19,91
4 Verbindlichkeiten					
4.1	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	2.045.771.915,77	27,04	2.075.733.237,19	26,89
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.542.982.198,71	20,40	1.655.964.912,26	21,45
4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	24.247.713,26	0,32	29.154.127,27	0,38
4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	81.446.689,70	1,08	93.272.380,91	1,21
4.5	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	15.673.699,79	0,21	8.711.320,12	0,11
4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	98.738.202,17	1,31	99.612.829,23	1,29
4.7	Erhaltene Anzahlungen	120.332.221,56	1,59	99.379.822,44	1,29
	Summe Verbindlichkeiten	3.929.192.640,96	51,94	4.061.828.629,42	52,62
5 passive Rechnungsabgrenzungsposten		83.597.392,84	1,11	83.476.401,93	1,08
	Summe Passiva	7.564.730.210,40	100,00	7.719.232.480,85	100,00

Auf der **Passivseite** ist ein **Eigenkapital von 165.884 TEUR** ausgewiesen.

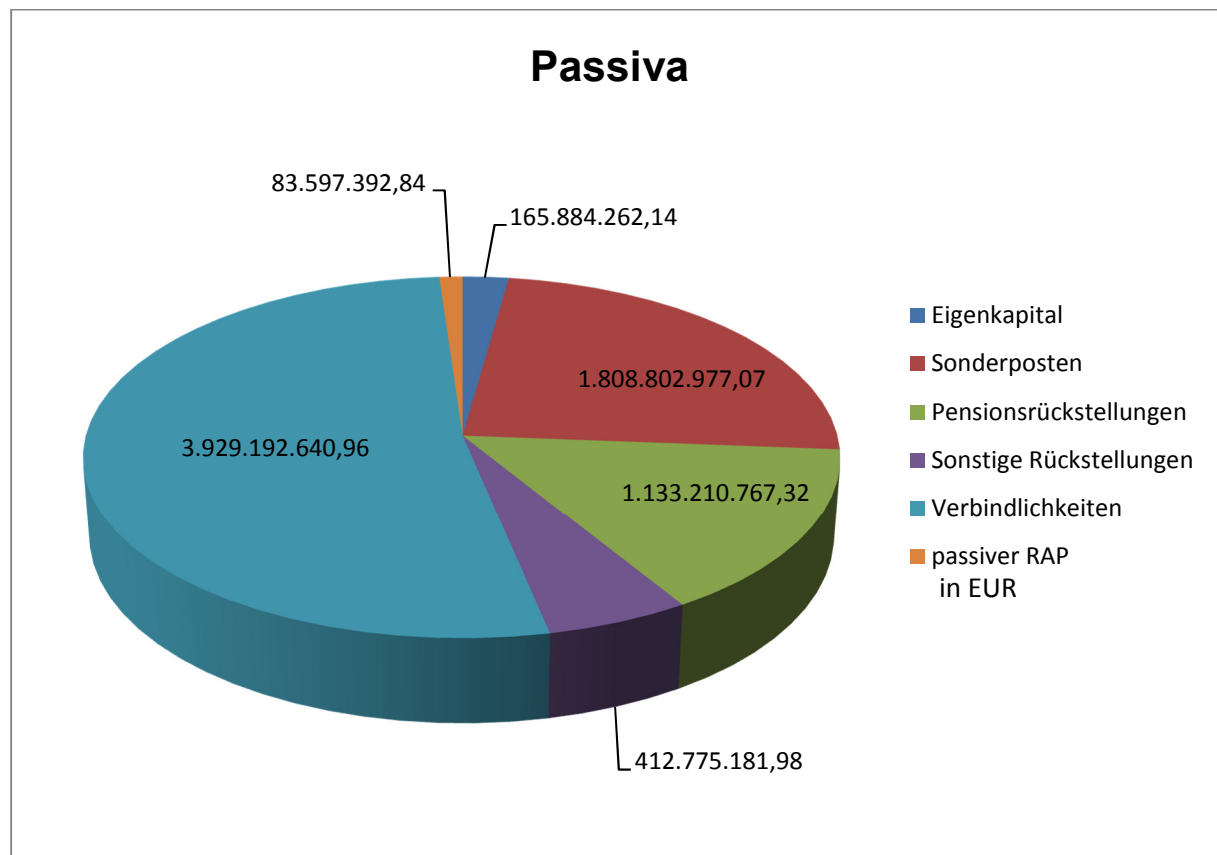
Dem gegenüber steht der **nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag** auf der Aktivseite in Höhe von **292.304 TEUR**. Aufgrund des wiederholt positiven Gesamtjahresergebnisses in Höhe von 73.427 TEUR hat sich der nicht durch EK gedeckte Fehlbetrag reduziert.

Es verbleiben aber trotz negativem Eigenkapitals die Sonderrücklagen und auch der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter auf der Passivseite unter dem Eigenkapital bestehen.

Bei der Beurteilung der Sonderposten ist zu beachten, dass diese auch inhaltlich zwischen Eigen- und Fremdkapital stehen und deshalb in der Beurteilung der Bilanz zumindest teilweise dem Eigenkapital (beispielsweise bei Ermittlung einer EK-Quote) zuzurechnen sind.

Die Rückstellungen betreffen vor allem die Pensionsrückstellungen.

Größter Posten der Passivseite sind die Verbindlichkeiten mit 3.929.193 TEUR. Es entfallen auf Kredite zur Liquiditätssicherung (hier: überwiegend Kernverwaltung) 1.542.982 TEUR. Die Verbindlichkeiten insgesamt haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 132.636 TEUR reduziert, dies entspricht einer prozentualen Veränderung von -3,27 %.



D. Risiko-, Chancen- und Nachtragsbericht

Die Stadt Duisburg hat kein formalisiertes Gesamtrisikomanagementsystem aufgebaut, Risiken werden jedoch in allen vAB identifiziert und beobachtet. Im Rahmen des Gesamtabchlusses wird untersucht, ob es darüber hinaus Risiken gibt, die zwar für einzelne vAB nicht wesentlich sind, sich aber gegenseitig verstärkend für die Stadt Duisburg als Gesamtheit auswirken.

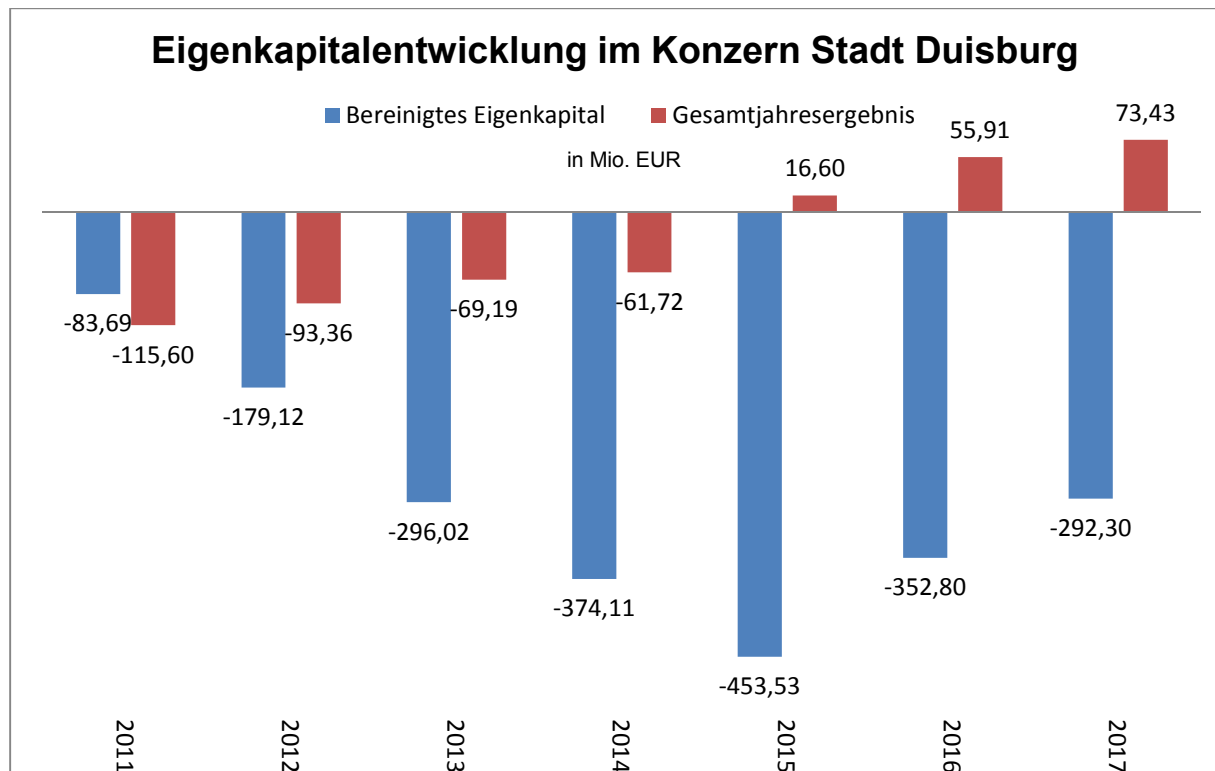
Es wird im Folgenden auf die Sachverhalte eingegangen, die als wesentlich identifiziert wurden oder Chancen/Risiken für mehrere Teilbereiche des Konzerns Stadt Duisburg darstellen:

a) Entwicklung des Eigenkapitals im Konzern Stadt Duisburg

Seit dem 01.01.2010 hat sich das Eigenkapital im Konzern stetig verringert. In 2016 war erstmalig eine Zunahme zu verzeichnen, was auch in 2017 fortgesetzt hat. Dargestellt wird die Entwicklung hier anhand des bereinigten Eigenkapitals, d. h. das Eigenkapital ohne die Sonderrücklage und den Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter, da diese Posten auch auf der Passivseite der Bilanz stehen bleiben, seitdem das Eigenkapital negativ geworden ist und auf die Aktivseite umgebucht wird.

Die Gesamtbilanz weist zum 31.12.2017 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 292,3 Mio. EUR aus.

Das Gesamtjahresergebnis hat sich bis einschließlich 2017 stetig verbessert (Stand zum 31.12.2017: 73,43 Mio. EUR).



Eine fundierte Prognose der Entwicklung des Eigenkapitals im Konzern für die Folgejahre ist zurzeit noch nicht möglich. Zum einen begründet sich dies aus den Überleitungen der HGB-Einzelergebnisse gemäß dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement und der Einheitstheorie im Konzern. Zum anderen können sich die einzelnen Chancen und Risiken der vAB im Konzern sehr unterschiedlich auswirken (erhöhend oder verringend).

b) Entwicklung der Verschuldung der Stadt Duisburg (Einzelabschluss)

Im Bereich der Investitionskredite hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die im Haushaltsplan veranschlagten Kreditaufnahmen insb. aufgrund der restriktiven Bewirtschaftungspraxis nur in einem geringeren Umfang benötigt wurden. Gleichzeitig wurden die bestehenden Kredite im Rahmen der ordentlichen Tilgung abgebaut, so dass in den letzten Jahren eine kontinuierliche Entschuldung im Investivbereich festzustellen war.

Dessen ungeachtet verzeichnen die Investitionskredite im Haushaltsjahr 2017 eine Erhöhung um 14,4 Mio. EUR. Die Erhöhung ist auf die Deckung der Finanzierungsbedarfe für die zweite Zahlung (35,8 Mio. EUR) der DVV-Kapitalerhöhung zurückzuführen (vgl. DS 14-1012/13, DS 15-0505. Eine entsprechende Verbindlichkeit i.H.v. 176,2 Mio. EUR ggü. dem DVV-Konzern war bereits im Haushaltsjahr 2015 gebildet worden, siehe hierzu auch im Anhang zur Bilanz, Abschnitt „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“). Ohne diesen Sondereffekt, hätte sich das Volumen der Investitionskredite – ähnlich wie in den vergangenen Jahren – um rd. 21,4 Mio. EUR reduziert.

Im Folgejahr ist angesichts der weiteren fällig werdenden Raten der DVV-Kapitalerhöhung ebenfalls mit einer Ausweitung der Investitionskreditvolumina zu rechnen. Eine negative Nettoneuverschuldung (Schuldenabbau) ist somit nicht vor dem Haushaltsjahr 2019 zu erwarten.

Bei der Entwicklung der Liquiditätskredite war wie schon im Vorjahr eine Reduzierung festzustellen. Eigentlich als Instrument zur kurzzeitigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen gedacht, erreichten sie aufgrund der langfristig defizitären Haushaltswirtschaft ein sehr hohes Volumen: Zwar gab es einen Rückgang um rd. 107,7 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr, das Volumen zum Stand 31.12.2017 beläuft sich allerdings immer noch auf rd. 1.502,2 Mio. EUR.

Entsprechend der Planungen des Haushaltssanierungsplanes müssten die Liquiditätskredite in den kommenden Jahren weiter abgebaut werden. Doch selbst die Planungen für das Jahr 2021 gehen noch von einem Bestand von rd. 1,4 Mrd. EUR aus.

Durch die niedrigen Kreditzinsen halten sich die Auswirkungen für den städtischen Haushalt derzeit noch in Grenzen. Auch die Investitionskredite profitieren vom niedrigen Zinsniveau, wenn auch durch die eher langfristige Orientierung nicht im selben Maße.

Es ist allerdings absehbar, dass dieser Zustand nicht von Dauer sein wird. Bei den längeren Zinsbindungen (>5 Jahre) war bereits im vergangenen Jahr (2016) eine Verteuerung eingetreten. Zwar hat sich diese im Laufe des Jahres 2017 stabilisiert,

allerdings ist zumindest mittelfristig auch ein Anstieg der Kurzfrist-Zinsen nicht auszuschließen.

Da auch langfristige Zinsbindungen (für Liquiditätskredite sind maximal 10 Jahre zulässig) zeitlich begrenzt sind, lassen sich die Risiken eines dauerhaften Zinsanstieges nicht absichern. Beispielsweise wird bei einem (gleichverteilten) rollierenden 10-Jahres-Portfolio jedes Jahr 1/10 der Kredite fällig. Die Zinssicherung erreicht insofern nicht mehr als eine „Glättung“ des Zinsanstiegs – auf Basis eines insgesamt höheren Zinsniveaus. Diese Wirtschaftlichkeitserwägungen müssen bei Zinssicherungsinstrumenten deshalb mit berücksichtigt werden.

c) Weitere Risiken

Für alle vAB und die Kernverwaltung können sich aus verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen Risiken ergeben. Dies gilt insbesondere für Regulierungsfragen im Bereich der Versorgung, Vergaben im Bereich der Verkehrsleistungen sowie den Anschluss- und Benutzungszwang im Bereich der Hausmüllsammlung.

Ein weiteres Risiko stellt das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW dar: Es ergeben sich höhere Aufwendungen im Vergabeprozess, gleichzeitig birgt die Komplexität der Vergaberegeln die Gefahr von Vorstößen und die damit verbundene Rückzahlung von Fördermitteln. Die demografische Entwicklung kann zudem mittelfristig dazu führen, dass benötigtes Fachpersonal innerhalb der Verwaltung nicht ausreichend vorhanden ist. Um dem gegenzusteuern, werden in allen Bereichen der Stadt Duisburg Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Die DVV und ihre Tochtergesellschaften agieren an verschiedenen Märkten, die durch unterschiedliche Rahmenbedingungen geprägt werden. Speziell für die DVV-Tochtergesellschaft Stadtwerke Duisburg AG (SWDU) als mittelgroßes Stadtwerk, die mit ihren Tochtergesellschaften die gesamte Wertschöpfungskette (Energieerzeugung – Energieverteilung – Energiehandel – Energievertrieb) der Energiewirtschaft abdeckt, haben die Rahmenbedingungen der Energiewende Einfluss auf die Ergebnisentwicklung.

Angesichts der Dynamik im Rahmen der Energiewende sind weitere Gesetzesänderungen und Markteingriffe in die Energiewirtschaft nicht auszuschließen - mit entsprechenden Chancen und Risiken aus künftigen Gesetzesänderungen.

Das traditionelle Geschäftsmodell ist geprägt von Assets, Besitz von Erzeugungsanlagen und Netzinfrastruktur. Dieser Geschäftsbereich wird auch weiterhin die Grundsäule der SWDU bleiben. In der Energiewelt von morgen werden jedoch Daten und Informationen zu einem immer wichtigeren Asset, um Produkte und Dienstleistungen noch besser an Kunden und ihren Bedürfnissen auszurichten.

Konzernübergreifend werden allgemeine finanzwirtschaftliche Risiken unterteilt in Liquiditäts-, Finanzierungs- und Zinsrisikomanagement. Durch die entsprechende Steuerung dieser Risiken soll negativen Tendenzen entgegengewirkt werden. Strategien sind zum Beispiel die Bildung einer operativen Liquiditätsreserve, Vorhaltung von Kredit-/Betriebsmittellinien, umfangreiche Kommunikation in Form von Berichten gegenüber den Finanzpartnern, Zins- und Schuldenmanagement unter Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit den Grundgeschäften.

Die politisch-/rechtlichen Rahmenbedingungen prägen die Entwicklung der DVG entscheidend. Existenzgrundlage bildet die Betrauung der DVG mit der Erbringung der Verkehrsleistung durch den Aufgabenträger Stadt Duisburg. Die aktuelle Betrauung der DVG läuft bis Ende 2019. Im Juli 2017 hat der Rat der Stadt Duisburg entschieden, die Vorabbekanntmachung zur Direktvergabe an die DVG im Herbst 2017 zu veröffentlichen. Der Abschluss des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) soll im Herbst 2018 mit einer Laufzeit von 22,5 Jahren ab dem 01.01.2020 erfolgen.

Im ÖPNV stehen zahlreiche Großprojekte in die Infrastruktur sowie Aufbau von Mobilität an, die nachhaltig die Attraktivität sowie Zukunftsfähigkeit des ÖPNV sichern sollen. Neben der Erneuerung des Zugsicherungssystems sind der Bau und die Erprobung der Straßenbahn eng zu begleiten.

Die WBD-AöR verfügt über ein umfassendes IT-gestütztes Risikomanagementsystem mit den Schwerpunkten Risikoidentifikation und Risikosteuerung. Infolge des OVG-Urteils zu preisrechtlich überhöhten Verbrennungsentgelten der GMVA und entsprechender deutlicher Reduzierung dieser Entgelte musste der Beteiligungswert der GMVA bei der WBD-AöR zum 31.12.2015 komplett abgeschrieben werden. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der GMVA mit ihren Auswirkungen auf die WBD-AöR ist von der künftigen Entwicklung/Höhe preisrechtlich zulässiger Verbrennungsentgelte, welche die gerichtlichen Vorgaben berücksichtigen müssen, abhängig. Die Preisprüfungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf hat die Entgeltkalkulationen für die Jahre 2012 bis 2018 geprüft und zulässige Entgelte ermittelt. Auf dieser Basis hat die WBD-AöR für die Jahre 2012 bis 2017 bereits neue Abfallgebührenbescheide erlassen und Gebührenrückerstattungen veranlasst. Für das Jahr 2018 konnten zulässige Entgelte bereits vor Erlass der entsprechenden Gebührenbescheide ermittelt und mit der Preisprüfungsstelle abgestimmt werden. Für das Jahr 2019 ist dieses Verfahren ebenfalls vorgesehen.

Der Wirtschaftsplan des IMD für das Geschäftsjahr 2018 schließt mit einem Überschuss i.H. von 2,3 Mio. EUR ab. Hinzuweisen ist auf die weitestgehend zeitlich parallelen Investitionsvorhaben der Förderprogramme KIDU, Gute Schule und KInvFG. Aufgrund der umzusetzenden Bauleistungen und des während der Programmlaufzeit erforderlichen Kapazitätsaufbaus im bautechnischen und verwaltenden Bereich sind Effekte auf den Wirtschaftsplan 2018 ff. im Wesentlichen auf die Vermögens- und Finanzanlage zu erwarten. Signifikante Effekte auf die Ertragslage werden allerdings nicht erwartet. Die Betriebsleitung sieht zurzeit keine wesentlichen Ergebnisunterschreitungen gegenüber dem Wirtschaftsplan und der Langfristplanung. Abhängig ist die weitere wirtschaftliche Entwicklung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gemäß Ausführung der Betriebsleitung von der Zinsentwicklung, der Aktivierungsquote (80 %) für Sanierungsmaßnahmen an Schulimmobilien und sonstigen Immobilienvermögen sowie der Weitergabe der Kostensteigerung im Bereich der Betriebskosten an die Nutzer.

Das wesentliche Geschäftsrisiko beim IMD liegt in der langfristigen Vermietbarkeit des Immobilienbestandes. Aufgrund der Mieterstruktur, welche überwiegend aus städtischen Dienststellen und Gesellschaften besteht, tritt ein nachfrageseitiges Ausfallrisiko in den Hintergrund. Die Erlöse sind über die vollständige Abbildung der Miet- und Betriebskostenzahlungen im Haushalt der Stadt Duisburg abgesichert. Bei einer Änderung des Nachfrageverhaltens der Stadt Duisburg bestünden aufgrund der eingeschränkten Drittverwertungsmöglichkeit eines Großteils des Bestandes - insbe-

sondere nicht marktgängige Spezialimmobilien wie Schulen und Kulturgebäude - allerdings Risiken hinsichtlich der nachhaltigen Ertragslage des Betriebes.

Darüber hinaus sind weitere Risiken, die den Bestand des IMD gefährden oder die vermögens-, Ertrags- und Finanzlage beeinträchtigen, nicht erkennbar.

Die seit Jahren positive Entwicklung der Betriebsergebnisse von DuisburgSport konnte auch im Jahre 2017 bestätigt werden. Der positive Trend setzt sich fort, da die Anstrengungen im Rahmen der Konsolidierung des Betriebsergebnisses durch zusätzliche Maßnahmen erfolgreich waren. Durch diverse Bundes- und Landesförderprogramme zur Verbesserung der sportlichen Infrastruktur wurden zudem Risiken, die mit dem Abbau des erheblichen Investitionsstaus einhergehen, deutlich minimiert. Es befinden sich wichtige Projekte zur Stabilisierung der Sportstadt Duisburg in der Ausführung (Sanierung des Bundes- und Leistungszentrums). Des Weiteren konnten Maßnahmen der Kommunalen Investitionsoffensive Duisburg (KIDU) abgeschlossen werden.

Zur Sicherung der langfristigen Ertragskraft beabsichtigt die GEBAG gesteigerte Investitionen in die Werterhaltung des Bestandes und die Errichtung von Neubauten. Ziel ist ein weiterer Abbau des Leerstandes und die Umsetzung von Quartierskonzepten. Als Risiken werden das derzeitige gesamtstädtische Überangebot an nicht zeitgemäßen Wohnungen und Mietausfallrisiken durch ein Absinken der Zahlungsfähigkeit in der Mieterstruktur gesehen.

Der Immobilienfinanzierungsmarkt in Deutschland zeigte sich in 2017 ausgeglichen mit insgesamt guter Finanzierungsbereitschaft der Akteure. Die GEBAG konnte dieses gute Klima nutzen und ihre Position am Finanz- und Kapitalmarkt weiter stärken. Darlehen, welche vorwiegend zur Finanzierung von Investitionen in den Wohnungsbestand benötigt wurden, konnten problemlos und zu guten Konditionen aufgenommen werden. Finanzierungsrisiken bestehen für die GEBAG demnach nur im branchenüblichen, überschaubaren und gut beherrschbaren Rahmen. Abzuwarten bleibt die Entwicklung des Krieger-Geländes, welches als wichtiger Meilenstein für die weitere Stadtentwicklung Duisburgs in 2018 gekauft wurde.

Das Wilhelm Lehmbruck Museum wurde im Jahr 2000 in die Rechtsform einer Stiftung überführt, verbunden mit dem Ziel, aus den Erträgen des Stiftungsvermögens einen wesentlichen Teil der Betriebskosten decken zu können. Angesichts einer rückläufigen Zinsentwicklung ist dieses Ziel immer weniger zu erreichen, so dass sich die Ertragslage voraussichtlich vermindern wird.

Auf die Ausführungen im Lagebericht zum Jahresabschluss der Stadt Duisburg wird bezüglich ihrer Risiken verwiesen. Weitergehende Chancen und Risiken sind im Konzern aktuell nicht ersichtlich bzw. gehen nicht über das allgemeine wirtschaftliche Risiko hinaus. Neben den operativen und strategischen Risiken, welche sich bei jeder vAB individuell ergeben, ist anzumerken, dass auf Konzernsicht fast alle Beteiligungen bei der Aufnahme von Investitionskrediten eine lange Zinsbindungsfrist anstreben.

E. Ausblick und Prognose

Während ein Überblick über die Ergebnisse des Gesamtabchlusses vergangenheitsbezogen ist, muss der Lagebericht auch auf die zukünftige Entwicklung des Konzerns eingehen.

Für die Kernverwaltung kann festgestellt werden, dass auch in den kommenden Jahren die Erreichung der Haushalts- und Stärkungspaktziele maßgeblich durch die Steuerentwicklung und die Entwicklung der Allgemeinen Finanzwirtschaft geprägt sein wird.

Angesichts der nach wie vor gewaltigen Schuldenlast kommt auch dem Zinsumfeld eine besondere Bedeutung zu. Bei einem Kassenkreditbestand von rd. 1,5 Mrd. EUR führt jeder Prozentpunkt mehr bei den Zinssätzen zu einem Mehraufwand von rd. 15 Mio. EUR. Derart hohe Altschulden stellen nicht nur eine Hypothek für Duisburgs Zukunft dar, sie gefährden auch massiv die Einhaltung des Konsolidierungskurses. Insgesamt besteht somit in den nächsten Jahren für das Gesamtergebnis ein Zinsänderungsrisiko, welches insbesondere durch die kurzen Laufzeiten von Liquiditätskrediten der Kernverwaltung begründet wird.

Eine deutliche Herausforderung besteht auch weiterhin durch die Entwicklung der Zuwanderung aus Südosteuropa und aus den Folgewirkungen der Zuweisung von Asylbewerbern. Während die Asylzuweisungen zwischenzeitlich stagnieren und für diese Leistungen eine pauschale Kostenerstattung je Asylbewerber zugesagt ist, stellen künftig insbesondere die städtischen Leistungen für anerkannte Flüchtlinge ein finanzielles Risiko dar. Hieraus resultierende zusätzliche Anforderungen an die städtische Infrastruktur beispielsweise durch die Erweiterung von Schulen oder die Schaffung von neuen Kita-Plätzen dürfen hier ebenfalls nicht unerwähnt bleiben. Zwar können erforderliche Maßnahmen in die Infrastruktur zumindest anteilig aus Fördermitteln und der Schul-/Bildungspauschale finanziert werden, nicht gedeckt wird aber regelmäßig der mit der Umsetzung der Maßnahmen verbundene zusätzliche Personalaufwand. Mit Blick auf die Zielsetzung der im HSP beschlossenen Personalkonsolidierung werden hier derzeit Lösungswege erarbeitet.

Der Fokus bleibt auch Weiterhin auf dem Gelingen der Integration und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Verselbständigung der zugereisten Einwohner. Die Stadt Duisburg stellt sich diesen Herausforderungen auch unter Inanspruchnahme der hierfür relevanten Förderprogramme. Gleichwohl können die sich hieraus ergebenden Bedingungen nicht oder nur sehr bedingt beeinflusst werden. Neben den bereits ergriffenen Steuerungsmaßnahmen wird daher auch weiterhin im Einzelfall auf Entwicklungen zu reagieren sein.

Nach dem erfolgreichen Verlauf des Restrukturierungsprogramms RePower und damit der nachhaltigen Stabilisierung des Konzernmodells DVV, setzt die DVV nun verstärkt den Fokus auf die Zukunft. Die zunehmende Durchdringung aller Lebensbereiche durch neue Informationstechnologien ebenso wie die gesellschaftlichen und gesetzgeberischen Reaktionen auf die Klimaveränderungen, insbesondere im Energie- und Verkehrssektor, bestimmen zunehmend das Geschäft des DVV-Konzerns. Diesbezüglich müssen Strategien und Maßnahmen konzernweit gesteuert werden, um nachhaltig den DVV-Konzern weiter wettbewerbsfähig und wirtschaftlich aufzustellen. Dies geschieht im Rahmen des Zukunftsprogramms „NewPower“. Im Fokus steht natürlich die dauerhafte Sicherung der Stabilität des Konzernmodells DVV, da diese

Konstruktion langfristig die Haushaltssituation des Konzerns Stadt Duisburg entlastet und die DVV das Fundament der Daseinsvorsorge in Duisburg bildet.

Die aufgezeigten Zukunftsentwicklungen sieht die DVV jedoch nicht nur als Bedrohung an, sondern auch zunehmend als Chance. Die traditionellen Geschäftsmodelle sind geprägt von Assets, Besitz von Erzeugungsanlagen, Netzinfrastruktur, Verkehrsinfrastruktur und Fahrzeugen. Dies wird auch weiterhin die Grundsäule der Geschäftsmodelle im DVV-Konzern bleiben. In der Energie- und Verkehrswelt von morgen werden jedoch Daten und Informationen zu einem immer wichtigeren Asset, um Produkte und Dienstleistungen noch besser an Kunden und ihren Bedürfnissen auszurichten.

Es lassen sich die folgenden vier grundlegenden Entwicklungen identifizieren, die zum Teil radikale Auswirkungen auf die Geschäftsmodelle des DVV-Konzerns haben werden:

- Digitalisierung
- Dekarbonisierung
- Neue Technologien
- Gesellschaftliche Veränderung und Urbanisierung

Alle Akteure in der Energielandschaft sind weiterhin aufgefordert, ihre bestehenden Geschäftsaktivitäten zu überdenken und ggf. neue Geschäftsfelder zu erschließen. Hinsichtlich der Bereitstellung von Strom und Wärme wird weiterhin eine Kombination aus hocheffizienten, klimaschonenden und flexiblen KWK-Anlagen benötigt, die in Verbindung mit regenerativen Erzeugungsanlagen eine wirtschaftliche und zuverlässige Versorgung sicherstellen. Dennoch bleibt weiterhin abzuwarten, inwiefern sich die Regeln eines Zusammenspiels von Erneuerbaren Energien und konventionellen Kapazitäten festigen und einen sicheren Handlungsrahmen aller Akteure bieten werden.

Allerdings bietet das Umfeld von Stadtwerken strategisch zahlreiche Chancen im Zusammenhang mit der Herausforderung, die Energiewende auf kommunaler Ebene durch Vernetzung und intelligente Steuerung zu erreichen. So ergeben sich für Stadtwerke neue Kooperationsfelder im Rahmen von Mobilitätskonzepten im ÖPNV oder in der Quartiersentwicklung. Insbesondere mit der wachsenden Bedeutung von alternativen Antriebstechnologien, wie etwa Elektromobilität, ergeben sich über die Wertschöpfungsstufen hinweg neue Geschäftsfeldoptionen. Diese Chancen für die SWDU zu nutzen hat insofern eine hohe Bedeutung, da bei der DVV die Gewinne der SWDU insbesondere zur Finanzierung der DVG herangezogen werden. Sinkende Gewinne würden sich direkt auf die Kernverwaltung und somit auch auf das Gesamtergebnis auswirken.

Gemäß der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung der WBD-AöR im ersten Halbjahr 2018 ist davon auszugehen, dass die Planvorgabe für das Jahr 2018 (Erzielung eines Jahresüberschusses von 9,779 Mio. EUR) erfüllt werden kann. Unsicherheiten bestehen weiterhin im Zusammenhang mit der Erstattung von Abfallgebühren. Da Vorsorge für entsprechende Prozessrisiken und die Abdeckung evtl. höherer Gebührenrückerstattungen getroffen wurde, ist eine negative Planabweichung nicht zu erwarten. Für die künftigen Wirtschaftsjahre kann nach heutigem Kenntnisstand gemäß der Mittelfristplanung der WBD-AöR mit weiteren nennenswerten Jahresüberschüssen der Anstalt gerechnet werden.

Für das Geschäftsjahr 2018 ist zu erwarten, dass das IMD weiterhin von dem insgesamt noch niedrigen Zinsniveau profitieren kann, soweit dies die bestehenden Verträge mit der Kernverwaltung zulassen. Vertragsgemäß ist ein Teil der Zinseinsparung an die Kernverwaltung weiterzugeben.

In der Ergebnisplanung steht einem Umsatzvolumen von 189,8 Mio. €, bei einer Gesamtleistung von 199,9 Mio. €, ein Gesamtaufwand unter Einbeziehung der Zinserstattung an die Kernverwaltung der Stadt in Höhe von 197,6 Mio. € gegenüber. Gemäß Mittelfristplanung setzt sich der positive Trend auch im GJ 2019 fort.

Hierbei sind u. a. Maßnahmen aus den Förderprogrammen „Gute Schule 2020“ „KI-DU“ und „KInvFG“ berücksichtigt, die wiederum für die folgenden vier Schwerpunkte gebildet werden:

- Sanierung von WC-Anlagen
- (energetische) Sanierung von Gebäuden
- Sanierung und Ausstattung der naturwissenschaftlichen Räume
- Breitband-Ausbau

Deren Verlauf bleibt abzuwarten.

Auf der Grundlage der Planung wird auch für die folgenden Jahre ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet. Die Jahresergebnisse können insbesondere im Bereich der Schul- und Verwaltungsflächen durch handelsrechtlich gebotene außerplanmäßige Wertabschreibungen signifikant negativ beeinflusst werden. Die Planung – ohne Berücksichtigung der Kreditaufnahmen für das Förderprojekt „Gute Schule 2020“ – sieht für das Jahr 2018 eine abnehmende und ab 2019 zunehmende weitere Entschuldung des IMD vor. Mit Ratsbeschluss vom 07.05.2018 (DS 18-0420) wurde der Oberbürgermeister beauftragt eine perspektivische Eingliederung des IMD in die Kernverwaltung zu prüfen.

DuisburgSport hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Konsolidierungsmaßnahmen erfolgreich umsetzen können. Als Folge dieser Konsolidierung ist das Ziel, die Ausweisung einer schwarzen Null erreicht worden. Dokumentiert wird dies insbesondere durch die Jahresabschlüsse der vergangenen 3 Jahre, die jeweils, wenn auch nur geringe, Überschüsse auswiesen. Gemäß der Mittelfristplanung setzt sich der positive Trend fort. Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung von Verlusten werden in die Wege geleitet, soweit jeweils erkennbar wird, dass von dem vorrangigen Ziel (Ausweis mindestens einer schwarzen Null) negativ abgewichen werden müsste. Es bleibt abzuwarten, ob weitere Konsolidierungsbemühungen von DuisburgSport zu einer Entlastung des städtischen Haushaltes über eine Reduzierung des städtischen Zuschusses führen werden.

Die Geschäftstätigkeit der GEBAG konzentriert sich aktuell und in Zukunft auf ihr beiden Kerngeschäftsfelder Wohnungswirtschaft und Wohnbauflächenentwicklung. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses bestanden keine erheblichen oder bestandsgefährdenden Risiken. Das Jahresergebnis sowie die weiteren bilanziellen Kennzahlen des Geschäftsjahres 2017 verdeutlichen die nun seit Jahren anhaltende positive Entwicklung der GEBAG. Es werden konstante Jahresüberschüsse erwirtschaftet, die das Unternehmen zur Stärkung des Eigenkapitals einbehält. Die positive Ergebnisentwicklung hat dazu geführt, dass sich die Eigenkapitalquote auf den 31.12.2017 auf 9,2 % verbessert hat, was allerdings im Branchenvergleich immer noch eine geringe Quote ist. Nach Auflage der am Sanierungsverfahren beteiligten Banken sind Ausschüttungen erst ab einer Eigenkapitalquote von 10 % möglich.

Auch für die Wirtschaftsjahre ab 2018 erwartet die GEBAG ein positives Jahresergebnis zur Verbesserung der Eigenkapitalquote. In der Konzernbetrachtung führen die Gewinne der GEBAG zu einem positiven Gesamtbeitrag.

Die Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum setzt angesichts einer schwierigen Finanzmarktlage und einem hohem Kostendruck auf das Ausschöpfen von Ertragschancen. Es wird eine intensive Akquise von Förder- und Spendengeldern betrieben, die im GJ 2017 16% zum Gesamtertrag beitrugen. Ein Drittel der Museumsausgaben wird selbst erwirtschaftet über Umsatzerlöse, Drittmittelakquise und Finanzerträge aus dem Stiftungsvermögen. Die Stiftung sieht sich indessen mit einer anhaltend schwierigen Finanzmarktlage und einer rückläufigen Zinsentwicklung im Stiftungsfonds konfrontiert, die die Ertragslage in den kommenden Jahren vermindern wird. Auf Basis der Prognosen könnte die Stiftung zukünftig negative Jahresergebnisse aufweisen. Gemäß der Mittelfristplanung sind – unter Berücksichtigung unveränderter städtischer Zuschüsse – Jahresfehlbeträge nicht ausgeschlossen.

Eine Gesamtentwicklung für einen kommunalen Konzern zu prognostizieren, birgt gegenüber einem privaten Konzern gewisse Besonderheiten. Hier sind zum einen die sehr unterschiedlichen Geschäftsfelder zu nennen. Darüber hinaus ist ein Großteil des kommunalen Konzerns durch Daseinsvorsorge und Pflichtaufgaben in seiner Selbstbestimmung eingeschränkt.

Weiterhin wird die Erreichung der Haushalts- und Stärkungspaktziele eine Herausforderung für die Kernverwaltung und die vAB darstellen. Besonders die Steuerentwicklung hat darauf maßgeblichen Einfluss. Verschlechterungen müssen weiterhin kompensiert werden. Die restriktive Haushalts- und Wirtschaftsführung wird deshalb auch zukünftig alle anderen Entwicklungen dominieren. Nur wenn es gelingt, den positiven Weg weiter beizubehalten, kann Duisburg mittel- bis langfristig die finanzielle Autonomie behalten.

F. Kennzahlen

Im Folgenden sind diejenigen Kennzahlen aus dem NKF-Kennzahlenset, die sich nach Auffassung der GPA auf den Gesamtabschluss übertragen lassen, aufgeführt.

a) Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation

Aufwandsdeckungsgrad (ADG)

Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Formel:

$$\text{Aufwandsdeckungsgrad} = \frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \mathbf{104,06 \%} \text{ (Vj 103,39 \%)}$$

Eigenkapitalquote 1 (EkQ1) ¹⁴

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Gesamtbilanz.

Formel:

$$\text{Eigenkapitalquote 1} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = 2,19 \% \text{ (Vj. 2,06 \%)}$$

Eigenkapitalquote 2 (EkQ2)

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Gesamtbilanz. Weil die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.

Formel:

$$\text{Eigenkapitalquote 2} = \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = 25,64 \% \text{ (Vj. 25,94 \%)}$$

Fehlbetragsquote (FbQ)

Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Da Sonderrücklagen hier jedoch unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage ein. Zur Ermittlung der Quote wird das negative Jahresergebnis (Summe aus ordentlichem Ergebnis und außerordentlichem Ergebnis) ins Verhältnis zu diesen beiden Bilanzposten gesetzt. Da Ausgleichs- sowie allgemeine Rücklage aufgezehrt ist, ist die Berechnung der Kennzahl nicht möglich.

Formel:

$$\text{Fehlbetragsquote} = \frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times (-100)}{\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allgem. Rücklage}} = \text{n.n.} \text{ (Vj. n.n.)}$$

b) Kennzahlen zur Vermögenslage

Infrastrukturquote (IsQ)

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie soll Aufschluss darüber ge-

¹⁴ Es wird hier zwar eine Eigenkapitalquote ausgewiesen, jedoch ist zu beachten, dass das Eigenkapital im Gesamtabchluss 2016 vollständig aufgezehrt ist (es entsteht ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auf der Aktivseite der Bilanz). Lediglich die Sonderrücklage sowie der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter bleiben unter dem Eigenkapital bestehen und fließen in die Berechnung der Kennzahl mit ein.

ben, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde und ihrer vAB entspricht.

Formel:

$$\text{Infrastrukturquote} = \frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = 44,65 \% \text{ (Vj. 44,58 \%)}$$

Abschreibungsintensität (Abl)

Die Abschreibungsintensität zeigt an, welchen Anteil die Abnutzung des Anlagevermögens an den ordentlichen Aufwendungen beansprucht.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Abschreibungsintensität} &= \frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} \\ &= 8,54 \% \text{ (Vj. 7,45 \%)} \end{aligned}$$

Anlagendeckungsgrad 2 (AnD2)

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel v. H. des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Anlagendeckungsgrad 2} &= \frac{(\text{Eigenkapital} + \text{SoPo Zuwendungen} / \text{Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}} \\ &= 59,62 \% \text{ (Vj. 60,62 \%)} \end{aligned}$$

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (KVbQ)

Wie hoch die Gesamtbilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl „Kurzfristige Verbindlichkeitsquote“ beurteilt werden.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Kurzfristige Verbindlichkeitsquote} &= \frac{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} \\ &= 24,90 \% \text{ (Vj. 25,73 \%)} \end{aligned}$$

Zinslastquote (ZIQ)

Die Zinslastquote soll aufzeigen, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Formel:

$$\text{Zinslastquote} = \frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \mathbf{2,07 \%} \text{ (Vj. 2,21 \%)}$$

Zuwendungsquote (ZwQ)

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde und ihre vAB von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Formel:

$$\text{Zuwendungsquote} = \frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}} = \mathbf{23,36 \%} \text{ (Vj. 21,66 \%)}$$

Personalintensität (PI)

Die „Personalintensität“ gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Formel:

$$\text{Personalintensität} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \mathbf{21,54 \%} \text{ (Vj. 20,61 \%)}$$

Sach- und Dienstleistungsintensität (SDI)

Die Kennzahl „Sach- und Dienstleistungsintensität“ lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich die Gemeinde und ihre vAB für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Formel:

$$\begin{aligned} \text{Sach- und Dienstleistungsintensität} &= \frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} \\ &= \mathbf{41,16 \%} \text{ (Vj. 45,38 \%)} \end{aligned}$$

Anlage

Wesentliche Veränderungen und Entwicklungen der Beteiligungen in 2017 auf einen Blick

Beteiligung	Veränderungen und Entwicklungen
EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH	Veräußerung der Anteile der Stadt Duisburg an der EG DU i. H. von 50 % an die GEBAG Duisburger Baugesellschaft mbH
Revierpark Mattlerbusch GmbH (RPM)	Firma gelöscht infolge der Verschmelzung der RPM auf die Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)	Änderung der Firma der Freizeitzentrum Kernade GmbH in Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH, Änderung des Unternehmensgegenstandes und Verschmelzung (gem. UmwG) von drei Revierparkgesellschaften, darunter die RPM, auf die FMR mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2017 (Verschmelzungsstichtag) sowie Stammkapitalerhöhung, für ihre frühere Beteiligung an der RPM erhielt die Stadt Duisburg einen Anteil i. H. von rd. 8,17 % am erhöhten Stammkapital der FMR
Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH	<p>Verschmelzung der vectio Gesellschaft für Flottenmanagement und Service mbH auf die DVV</p> <p>Erhöhung des Stammkapitals der octeo MULTISERVICES GmbH aus Gesellschaftsmitteln auf 1,7 Mio. EUR</p> <p>Erwerb der restlichen 50 %-Anteile an der akuras GmbH durch die octeo</p> <p>Veräußerung von 15,1 % Anteilen an der smartlab Innovationsgesellschaft mbH</p>
Stadtwerke Duisburg AG	<p>Erwerb weiterer 5 % der Anteile an der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH.</p> <p>Erhöhung des Stammkapitals der Fernwärme Duisburg GmbH auf 4,0 Mio. EUR</p> <p>Umfirmierung der rhein ruhr partner Gesellschaft für Energiehandel mbH in Stadtwerke Duisburg Energiehandel GmbH</p> <p>Die strasserauf GmbH i.L. befindet sich in Liquidation.</p>
Duisburger Hafen AG	<p>Erwerb von 100 % der Anteile an der Navigare Stauerei- und Spedition GmbH</p> <p>Erwerb der restlichen 50 % der Anteile an der DuisPortAlliance GmbH und Umfirmierung in startport GmbH</p> <p>Erwerb von weiteren 20 % der Anteile an der Masslog GmbH (insgesamt 50 %)</p>

Veräußerung von 33 % der Anteile an der Heavylift Terminal Duisburg GmbH (Anteil noch bei 34,6 %)

Veräußerung der gesamten Anteile von 50 % an der Tarlog GmbH

Erwerb von 100 % der Bohnen Logistik Gruppe bestehend aus der Bohnen Logistik GmbH & Co. KG, mit ihrer 100%igen Tochtergesellschaft Bohnen Logistik GmbH sowie der BVG Verwaltungs-GmbH